

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3873.) Für die Länder des Weipostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28. Telefon: Amt Norden, 5346. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastr. 8. — Redaktionsschluss: Montag.

Insertion. Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft.

Inhalt.

Hauptteil: Die Tagung der Steindruckereibesitzer in Eisenach. Freier Pfingstglaube. Rundschau. Genossenschaftliche Monatsschau. Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben, I. Der Kampf um die Rente. — **Allgemeines:** Eine heuchlerische Jeremiade. — **Der Lithograph:** Die Verelendung in der Lithographie. — **Der Steindrucker:** Ein Wort zur Lehrlingsfrage. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Die photomech. Fächer:** Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.), Leipzig (Lichtdr.). — **Photogr. Mitarbeiter:** Zum Orts- und Stellungswechsel. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Altona-Ottensen, Crefeld, Leipzig. — **Feuilleton:** Pfingstfeier. Angewandte Psychologie. — **Anzeigen.**

Die Tagung der Steindruckereibesitzer in Eisenach.

Am 12. Mai fand im Hotel Rautenkrantz zu Eisenach die Generalversammlung des Verbandes deutscher Steindruckereibesitzer und seiner beiden Abteilungen statt, über die das Unternehmerorgan in seiner mit sechstägiger Verspätung erschienenen Nr. 10 einen zwar sehr langen, aber um so nichtssagenderen Bericht veröffentlicht. Das war ihm freilich schließlich auch gar nicht anders möglich, da die Tagung selbst völlig nichtssagend und bedeutungslos verlief. Die Fassung wichtiger Beschlüsse legt die Organisation der Steindruckunternehmer nicht in die Hände der Mitglieder, sondern in die der dreimal gesiebten Ausschüsse, die in streng geheimen Konventionen über alle wichtigen Angelegenheiten selbständig entscheiden und höchstens auf der allgemeinen Tagung den gewöhnlichen Mitgliedern einen möglichst nichtssagenden Bericht erstatten. So ist es alle Jahre und so verfuhr man natürlich auch bei der diesjährigen Tagung, die innerhalb weniger Stunden beendet war. Sie hatte keine andre Aufgabe, als zu allem Ja und Amen zu sagen, was die Ausschüsse der Abteilungen Schutzverband und Fachverband der Gesamtorganisation in ihren stundenlangen Sitzungen, die der Generalversammlung am 10. und 11. Mai vorausgegangen waren, beschlossen hatten.

Über diese Ausschußsitzung sagt das Unternehmerorgan nur, daß sie sehr wichtige Beschlüsse gefaßt hätten, »die für die Zukunft des Verbandes und seiner Abteilungen von weittragender Bedeutung sein werden«. Außerdem werden zu der Ausschußsitzung der Abteilung Fachverband, die sich am 10. Mai »bis 1 Uhr nachts« hinzog, die folgenden ganz allgemeinen Bemerkungen gemacht: »Hier zeigte sich, daß angesichts der überaus ungünstigen allgemeinen Lage des Gewerbes die wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Steindruckereibesitzer im Verbands einen breiten Raum einnehmen, Interessen, die zwar infolge der dauernden Beunruhigungen in sozialpolitischer Hinsicht etwas in den Hintergrund treten zu sein schienen gegenüber den jederzeit empfindlichen fühlbaren Betriebsstörungen, die aber doch die eigentliche Grundlage des Gewerbes ausmachen.«

Und zu der Sitzung des Schutzverbandsausschusses am 11. Mai wird nur bemerkt,

daß sich ausreichend Gelegenheit gefunden habe, »die während und nach der Bewegung gemachten Erfahrungen einer eingehenden Besprechung zu unterziehen«. Man habe sich auch mit den Fragen befaßt, »die nach den getroffenen Vereinbarungen noch der Erledigung harren«, so mit der Regelung der Lehrlingsfrage in der Autodrom-, Photodrom- und

Freier Pfingstglaube.

Noch keiner ist gestorben,
Der für sein Volk gelebt,
Und keiner ist verdorben,
Der Menschentum erstrebt;
Und lag er auch im Dunkel
Des Grabes lange Zeit,
Er stieg im Lichtgefunkel
Empor zur Herrlichkeit.

Ein Herkules sich weihte
Dem Volk voll Heldenmut,
Das Land er kühn befreite
Von Drachen und Tribut;
Er weihte totumfängen
In finst'rer Unterwelt
Und stieg in l'chtem Prangen
Empor zum Himmelszelt.

Der Liebe Heilverkünder
Erlag des Hasses Macht
Und wurde wie ein Sünder.
Begraben in der Nacht:
Allein er kam zum Volke
Zurück aus Grabesnot
Und fuhr auf lichter Wolke
Empor zum Morgenrot.

John Brown, den edlen Krieger
Gen Negersklaverei,
Ihn henkten rohe Sieger
Habsücht'ger Tyrannei;
Doch ist er bald entstiegen
Der tiefen Gruft als Held
Und hat in hehren Siegen
Die Barbarei gefällt.

Und alle guten Streiter
Für Freiheit, Licht und Recht,
Und alle Wegbereiter
Dem menschlichen Geschlecht;
Ob in dem Kerker modern
Sie ließ die Tyrannei,
Ob auf dem Stoße lodern
Beschränkte Klerisei —

Sie sind doch stets erstanden
Aus Kerker, Glut und Grab
Und warfen alle Banden
Der Knechtschaft spottend ab
Und schritten unverwundbar
Voran dem Freiheitsheer
Und bildeten unbesiegt
Der Menschheit Hort und Wehr.

(Aus »Lichtglaube und Zukunftssonne.«)

Lichtdruckpostkartenbrande, der Druckmusterfrage, der Festsatzung eines Garantielohnes für Akkordarbeiter und der Ausarbeitung eines Merkblattes bezüglich der Erlernung des Berufs. Man will die hierfür erforderlichen Schritte demnächst in die Wege leiten und über andre wichtige Beschlüsse die Mitglieder des Schutzverbandes »zu gegebener Zeit und in geeigneter Form« informieren.

Die Haupttagung vom 12. Mai wurde eingeleitet durch die Mitgliederversammlung des Schutzverbandes und diese wieder durch einen Nachruf auf den verstorbenen früheren Vorsitzenden Dr. Gerschel, dem sein Nachfolger Wundsch nachrühmte, »wie er mit seltener Zähigkeit und Tatkraft trotz seiner so überaus zahlreichen Ehrenämter sich die Zeit zur Vertretung der Interessen des deutschen Steindruckgewerbes (?) abzurufen gewußt hat.« Man ist versucht, bei dieser Redeblüte an einen falschen Zungenschlag oder Druckfehler zu glauben, da doch zum Steindruckgewerbe in erster Linie die in ihm tätigen Arbeiter gehören, deren Interessen der Schutzverband sowohl unter der früheren als auch unter der jetzigen Leitung stets mit allen Mitteln direkt entgegengearbeitet hat. Aber schließlich ist auch das Gesamtgewerbe einschließlich der in ihm bestehenden Unternehmungen durch die von Dr. Gerschel begonnene und von Wundsch fortgeführte famose Art der Interessenvertretung schon zweimal nahe an den Rand des Ruins getrieben worden; sie ist also nicht einmal den Unternehmern des Gewerbes zum Segen gereicht!

Im Übrigen wurde die Schutzverbandstagung fast ganz ausgefüllt durch den vom Vorsitzenden Wundsch erstatteten Jahresbericht, in dem der Rückblick auf die letzte Bewegung den breitesten Raum einnahm. Ihr Verlauf wurde natürlich vom einseitigsten Unternehmerstandpunkte aus geschildert. Die Darlegungen waren ein getreuer Abklatsch alles dessen, was über die Bewegung vom »Deutschen Steindruckgewerbe« zusammengeschrieben, von uns glossiert und auf seinen wahren Wert zurückgeführt, aber von dem Unternehmerblatt trotzdem ständig wiedergesagt worden ist. Um die Schutzverbandsleitung, die nachgewiesenermaßen die ganze Verantwortung für den langen Kampf und seine ruinösen Folgen für das Gewerbe trifft, vor den gleichgesinnten Zuhörern noch extra herauszustreichen, und die Gehilfenschaft mit ihrer Organisation ins Unrecht zu setzen, wurde von neuem mit den verschiedenen satzsaftig bekannten Behauptungen operiert, die von uns schon zu wiederholten malen richtig gestellt worden sind. Dieser Umstand enthebt uns der Mühe, heute erneut darauf einzugehen; wir können es uns um so eher ersparen, als diese Behauptungen und Darlegungen durch die mündliche Wiederholung nicht wahrer und zutreffender werden. Nur auf einige zum Teil neue Behauptungen sei kurz eingegangen.

So wird bei der Besprechung des der Gesamtbewegung vorangegangenen Streiks in Gera schlankweg behauptet, der Senefelderbund habe sich gegen die von den Unternehmern den Streikbrechern versprochenen Judassilberlinge, die in dem Jahresbericht verschämt als Gratifikationen zur Entschädigung für Belästigungen bezeichnet werden, dadurch zu helfen versucht, »daß er diese Gratifikationen noch überbot«. Der Berichterstatter spart sich die Mühe, diese Behauptung zu beweisen, was ihm allerdings auch verneint schwer fallen dürfte. Es genügt, dieses Verfahren festzunageln.

Obwohl man unumwunden zugibt, versucht zu haben, durch derartige »Gratifikationen« für den Streikbruch aus ehrlichen Arbeitern Verräter an ihren Arbeitsgenossen und streikbrecherische Lumpen zu machen, d. h. also ehrliche Gehilfen zum Bruch ihres Kollegen und ihrer Organisation gegebenen Ehrenwortes zu verleiten, bringt man es erneut fertig, unserm Hauptvorstande seine Aufklärungsarbeit über die Ungültigkeit der schutzverbändlerischen Sichtwechsel anzukreiden, weil er dadurch versucht haben soll, die Mitglieder des Schutzverbandes zum Bruch ihres Ehrenwortes zu veranlassen. Wer denkt dabei nicht an das Gleichnis vom Splittler und Balken? Triumphierend wird aber verkündet, daß die objektive Aufklärungsarbeit unseres Hauptvorstandes ergebnislos geblieben sei: »Der Solidaritätsgedanke unter den Prinzipalen des Steindruckgewerbes hat erfreulicherweise bereits solche Fortschritte gemacht, daß das gegebene Wort auch ohne Sichtwechsel eingehalten worden wäre.« Muß beim Lesen dieses Satzes jedem Gehilfen, der den Solidaritätsgedanken unter den Arbeitern in den Wind schlug, seine Arbeiterehre um lumpige Unternehmersüberlinge verschachtelte und zum Verräter an seinen Kollegen wurde, nicht die Rote brennender Scham zu Kopfe steigen?

Ferner wird wahrheitswidrig behauptet, daß bei den Abschlußverhandlungen, als die Entscheidung über die Fortsetzung des Kampfes oder den Friedensschluß wieder einmal auf des Messers Schneide stand, der Prinzipalsvorsitzende das Scheitern der Verhandlungen konstatierte und die Sitzung geschlossen, der Vorsitzende des Senefelderbundes aber die Wiedereröffnung der Verhandlungen beantragt habe. Tatsächlich wurde in dem fraglichen Fall nach dem voreiligen Schluß der Sitzung durch einen Gehilfenvertreter, der sich vorher zum Wort gemeldet hatte, konstatiert, daß man die Rednerliste nicht erschöpft und ihm das Wort abgeschnitten habe. Daraufhin machte der Prinzipalsvorsitzende seinen Fehler wieder gut, indem er selbst die Sitzung von neuem eröffnete. Wir stellen diesen Sachverhalt fest, um Legendenbildungen, die der falsche Schutzverbandsbericht zur Folge haben könnte, vorzubeugen.

Die abermals wiederkehrende Behauptung, »daß in der Hauptsache das zugestanden wurde, was zu Beginn der Bewegung zugestanden werden sollte«, haben wir bereits in unserm Artikel »Feststellungen und Vergleiche« in Nr. 11 der »Gr. Pr.« so gründlich absurdum geführt, daß wir uns hier darauf beschränken können, auf das in jenem Artikel verarbeitete Tatsachenmaterial zu verweisen.

Am Schlusse des Schutzverbandsberichts wird u. a. noch darauf hingewiesen, »daß der Prinzipal es für seine Pflicht halten müsse, für diejenigen Gehilfen, welche aus dem Senefelderbund ausgeschieden seien, Ersatz für ihre Unterstützungsansprüche zu beschaffen. Die Anwendung von Drohung und Zwang seitens der Prinzipale werde vom Schutzverband in keiner Weise gebilligt«. Das hindert ihn nicht, diesen nicht gebilligten Terrorismus stillschweigend zu dulden. Eine feine Rabulistik zur Entschuldigung der organisationsfeindlichen Treibereien mancher Schutzverbändler! Wir wollen sie uns merken. — Bezüglich des gewerblichen Nachwuchses soll die Frage geprüft werden, »ob Lehrlingen in anderen Gewerbezweigen höhere Entschädigungen resp. Kostgeld usw. gezahlt werden«. Diesen guten Rat gibt der Bericht, um dort, wo es zur Förderung der Lehrlingszucht notwendig erscheint, die Lehrlingslöhne aufzubessern. Das muß die Gehilfenschaft veranlassen, der Lehrlingsfrage fortgesetzt ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen. — Endlich weist der Bericht noch auf das Gesetz über den kleinen Befähigungsnachweis, auf den Lohnkataster und auf die Tariffrage hin.

Die Berichterstattung des Unternehmerorgans über die Diskussion, die sich an die Erstattung des Jahresberichts anschloß, und über den Rest der Schutzverbandstagung ist belanglos, wahrscheinlich ebenso belanglos wie die übrigen Verhandlungen selbst.

Das Gleiche gilt von der Berichterstattung über die Mitgliederversammlung der Abteilung Fachverband und über die Generalversammlung des Gesamtverbandes deutscher Steindruckereibesitzer. Hervorzuheben ist nur, daß bei dem Geschäftsbericht sowohl als auch in der Diskussion darüber allgemein Klage geführt wurde über den schlechten Geschäftsgang im verflossenen Jahre und über die Schäden der Zoll- und Steuerpolitik für das Gewerbe. Diese Jeremiaden werden in dieser Nummer der »Gr. Pr.« an anderer Stelle gebührend gekennzeichnet. Der Verband beschloß den korporativen Beitritt zum Bunde der Industriellen, dessen Syndikus Dr. Schneider den Steindruckunternehmen einen Vortrag über industriepolitische Zeitfragen hielt, und die Beteiligung an der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig im Jahre 1914.

Rundschau.

Wie die Abwanderung deutscher Arbeitsgelegenheit ins Ausland infolge ungünstiger Zollverhältnisse durch unsere »patriotischen« und »vaterländischen« Unternehmer mit allen Mitteln gefördert wird, dafür liefert der Jahresbericht des Papierindustrievereins für 1911 einen sprechenden Beweis. Darin heißt es u. a., im Kunstdruckgewerbe sei die seit Jahren zu beobachtende Erscheinung, daß infolge der unerschwignen Auslandszölle in verschiedenen Formen Arbeitsgelegenheit ins Ausland abwandert, auch im letzten Jahr wieder wahrzunehmen gewesen. Im Verkehr mit Frankreich haben verschiedene Firmen sich dazu verstanden, entweder Umdruckabzüge ihrer Lithographien an die französischen Abnehmer zu verkaufen oder mit französischen Druckereien Vereinbarungen zu treffen, die auf Anfertigung der Drucke im Lohnverhältnis hinausläuft. Die Verwendung der in Deutschland gefertigten Lithographien geschieht dann in den französischen Fabriken auf Grund der ihnen von den deutschen Bestellern übersandten Umdruckabzüge. In gleicher Weise sind Vereinbarungen mit New Yorker Firmen getroffen worden. Bei der Herstellung von geprägten und mit Anilinfarben bespritzten Waren, insbesondere von Kalenderrückwänden, liefern die deutschen Hersteller nach Frankreich nur noch die weißgeprägten Rückwände, während das Spritzverfahren erst in Frankreich angewendet wird. An einer anderen Stelle wird gesagt: »Die meisten europäischen und außereuropäischen Länder bemühen sich heute um die Einrichtung von Papierverarbeitungsbetrieben, namentlich von Druckereien, und deutsche Arbeiter und deutsche Maschinen sind im Ausland sehr gesucht.« Der Bericht kommt zu dem Ergebnis: »Allenthalben ist man heute der Ansicht, daß, wenn es nicht gelingt, beim Abschluß neuer Handelsverträge mit dem Ausland wesentlich bessere Absatzbedingungen für die Papierverarbeitung zu erringen, eine ungemessene schwere Krise über diese Industrie heraufbeschworen wird.« Und das Hereinbrechen dieser Krise wird, wie Figur zeigt, durch das profitierende deutsche Unternehmertum nach Kräften beschleunigt. Es kann sich nicht genug entrüsten über die internationalen Bestrebungen der Arbeiterschaft. Das Kapital und seine Vertreter sind aber, wenn es ihr Vorteil erscheint, nicht nur inter-, sondern direkt antinational.

Mißbrauch mit Mustern. Unter dieser Spitzmarke fallen die »Freien Künste« vom 15. Mai über die in Nr. 17 der »Gr. Pr.« beleuchteten Manipulationen der Firma *Ekert & Plüg* in Leipzig folgendes Urteil: »Das ist ein arger Mißbrauch, der mit Stellen-suchenden als auch mit der Institution der Muster-Verabfolgung an die Gehilfen betrieben wird.« Sodann wird gesagt: »Derselben Firma wird in den Mitteilungen des Vereines Schweizer Lithographiebesitzer vorgeworfen, daß sie sich zur Herstellung von teuren Entwürfen von Fabrikansichten erbötig macht, ohne irgendwelche Verpflichtung für den Besteller, womit sie sich in Gegensatz stellt zu der Berufsordnung sowohl des deutschen als des Schweizer Prinzipalsverbandes.« Trotzdem wurde diese vornehme Firma von der Abteilung Schutzverband des deutschen Prinzipalsverbandes bei der letzten Bewegung unter die schützenden Fittiche genommen, was diesen Prinzipalsverband genügend kennzeichnet.

Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer hat eine Mitgliederzahl von 25.000 erreicht. Er wurde am 20. und 21. November 1892 auf einer von 14 Lokalvereinen besuchten Konferenz zu Berlin gegründet, trat am 1. Januar 1893 in Tätigkeit und hatte natürlich auch die Kinderkrankheiten sämtlicher Gewerkschaften durchzumachen. Der niedrige Beitrag, den man damals für unerlässlich notwendig hielt, war ein Hemmschuh der Leistungsfähigkeit und des Fortschritts. Anfänglich war der Verband nur als Unterstützungsvereinigung geplant. Erst 1898 wurde eine Unterstützung für Streikende und Ausgesperrte eingeführt, 1902 die Arbeitslosenunterstützung und 1904 die Krankenunterstützung. Mit der Zeit vervollkommnete sich auch die gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder und die Stärkung des Verbandes, was denn auch zu beachtenswerten Erfolgen für seine Mitglieder führte.

Eine Lohnbewegung der Modelle hat in München der Fachverein der Berufsmodelle eingeleitet. Er ist an die Modelle mit einem Aufruf herangetreten, in dem er hervorhebt, seit 40 Jahren seien die Lohnverhältnisse nicht gebessert worden, die Reduzierung der Stunden in den Schulen habe eher sogar eine Verschlechterung gebracht; jeder Tagelöhner sei besser gestellt und dabei nicht mit dem Fluche der Verächtlichkeit belastet. Zugleich richtet der Verein an die Münchener Künsterschaft die Mitteilung, es werde jetzt an eine gründliche Erneuerung des Modellstehwesens herangetreten: es müsse eine Mindestentlohnung nach einheitlicher Tarifordnung festgelegt und der Akademiemarkt zu einer einheitlichen und übersichtlichen Zentralmodellbörse umgestaltet werden; auch sei eine Begründung der Kranken- und Invalidenversicherungspflicht nach der Reichsversicherungsordnung zu wünschen und für alle schwebenden Fragen zunächst einmal die Einsetzung eines paritätischen Ausschusses nötig, der sich unter rechtskundiger Leitung eines Unparteiischen aus Vertretern der Künstler und der Modelle zusammensetzen soll. Der Fachverein betont, daß er nicht auf Begrenzung der Zahl der Modelle oder Beeinträchtigung der Gelegenheitsmodelle hinwirken wolle.

Der proletarische Frauentag am 12. Mai gestaltete sich im Deutschen Reich und weit darüber hinaus zu einer machtvollen Demonstration für das Frauenwahlrecht. Noch vor ein bis zwei Jahrzehnten wäre ungläubigem Lächeln begegnet, wer davon gesprochen hätte, daß die Frauen zu Tausenden sich zusammenfinden würden für ihre gemeinsamen Rechte. Am 12. Mai füllten allein in Berlin Tausende die Versammlungsräume, und Zehntausende erhoben allerorten ihre Stimmen: Her mit dem Frauenwahlrecht! So wird das Proletariat Jahr für Jahr seine weibliche Heerschau abhalten. Und in jedem weiteren Jahre wird die bürgerliche Gesellschaft mit Schrecken erkennen, daß auch die proletarische Frau immer mehr zum Bewußtsein ihrer Klassenlage erwacht, die die Vorbedingung ist zur Erkaufung ihrer Rechte.

August Strindberg, Schwedens größter Dichter, ist am 14. Mai in Stockholm nach längerer Krankheit im Alter von 63 Jahren gestorben. Mit ihm verliert die moderne Kulturwelt einen ihrer hervorragendsten Geister. Selbst aus den breiten Schichten des Volkes als Sohn einer armen Dienstmagd hervorgegangen, wurde er zum kraftvollen und rücksichtslosen Anwalt der Erbtenen und Unterdrückten, unterstützte er das Ringen des kämpfenden Proletariats mit vollem Verständnis für dessen Kulturmission. Sein prächtiges Gedicht *Mal auf der Heide* in unserer diesjährigen Mainnummer (Nr. 17) liefert wie alle seine Werke den Beweis dafür. Das internationale Proletariat trauert an seiner Bahre.

Aus dem Auslande.

Amerika (Vereinigte Staaten). Der Entwurf zu einem neuen Einwanderungsgesetz, das die Bedingungen, unter welchen Ausländer zugelassen werden sollen, wesentlich verschärft, ist vom Senat mit großer Mehrheit angenommen worden. So wird verlangt, daß jeder Einwanderer irgend eine Sprache lesen oder schreiben können muß. Diese »Bildungsprobe« wird einen großen Teil der Einwanderung, namentlich aus Südtalien und Südosteuropa, fernhalten. Ferner sollen Personen, die in den Vereinigten Staaten »zum gewaltsamen Umsturz gegen fremde Staaten konspirieren«, ausgeschlossen werden. Das bezieht sich vor allem auf mexikanische und andere Revolutionäre. Doch erhebt sich gegen diese Bestimmung im Parlament heftiger Widerspruch, da der Ruf Amerikas, eine Zufluchtstätte für politische Flüchtlinge zu bilden, dadurch schwer geschädigt würde.

Generalversammlungen und Kongresse. **Handlungsgehilfen.** Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hielt vom 5. bis 7. Mai in Berlin seine 8. Generalversammlung ab. Nach einer Reihe von Referaten über »Die Angestellten im wirtschaftlichen Kampfe«, »Das Vereinigungsrecht und die Gewerkschaften«, »Das Wahlrecht der weiblichen Angestellten«, »Die Kündigungsfristen der kaufmännischen Angestellten« usw. beschloß der Verbandstag die Verschmelzung mit dem Verbands der Lagerhalter auf Grund der vorgelegten Einigungsbedingungen zum 1. Januar 1913. Der Sitz des Verbandes wurde von Hamburg nach Berlin verlegt. Ferner wurde der Beitrag staffelweise abgestuft und das Unterstützungswesen neu geregelt. Aus dem Vorstandsbericht ergibt sich, daß der Verband seit dem Jahre 1909 von 9870 Mitgliedern auf 15.500 Mitglieder am Jahreschluß 1911 gewachsen ist. Das Vermögen des Verbandes bezifferte sich am Jahreschluß 1911 auf 47.529 Mk. Die Stellenvermittlung des Verbandes hat in der zweijährigen Berichtsperiode von 1909 bis 1911, zumeist in Konsumvereinen, plazierte. In den beiden letzten Jahren wurden 61 Tarifverträge, in der Hauptsache mit Konsumvereinen, abgeschlossen.

Tabakarbeiter und Zigarrensortierer. Vom 13. bis 15. Mai tagte in Hamburg die 15. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Im Geschäftsbericht wurde vor allen Dingen der unheilvollen Wirkungen der Tabaksteuer gedacht, die immer noch nicht überwunden sind. In den Jahren 1910 und 1911 stieg die Mitgliederzahl von 32.625 auf 35.449. Das Verbandsvermögen sank in derselben Zeit infolge der großen Tabakarbeiteraussperrung von 334.191 Mk. auf 211.247 Mk. Allein für Streikunterstützung mußten in der zweijährigen

Berichtsperiode 1090129 Mk. verausgabt werden. Dem Verbands gelang es, das Jahreslohniveau um 16 Mk. zu steigern. Die Generalversammlung beschloß einstimmig die Verschmelzung mit dem Zigarrensortiererverbande auf der Grundlage der vorgelegten Einigungsbedingungen. — Gleichzeitig tagte vom 13. bis 16. Mai in Hamburg die 5. Generalversammlung des *Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands*. Auch hier stand der Kampf gegen die Tabaksteuer im Vordergrund des Geschäftsberichts. Die Mitgliederzahl stieg seit 1905 von 1839 auf 3305, hat sich also nahezu verdoppelt. Auch diese Generalversammlung stimmte der Verschmelzung des Tabakarbeiter- und Zigarrensortiererverbandes einmütig zu. — Vom 15. bis 17. Mai vereinigten sich die Delegierten beider Verbände zur *gemeinsamen Generalversammlung*, die die Statuten für die Einheitsorganisation festsetzte. Die Beiträge sollen in 6 Klassen 35 Pfg. bis 1,20 Mk. betragen. Die Streikunterstützung schwankt zwischen 9 und 15 Mk., die Arbeitslosenunterstützung zwischen 5,40 und 15 Mk., die Krankenunterstützung zwischen 2,10 und 14,70 Mk. wöchentlich. Das neue Statut, das einstimmig beschlossen wurde, tritt wie die Verschmelzung selbst am 1. Juli 1912 in Kraft. Der Einheitsverband führt den Titel des Deutschen Tabakarbeiterverbandes weiter.

Steinarbeiter. Der *Steinarbeiterverband* hielt seinen 5. Verbandstag vom 13. bis 18. Mai in München ab. In den beiden Berichtsjahren stieg die Mitgliederzahl von 17 095 auf 26 871, also um 57,2 Prozent. Der Verband erzielte in der Berichtszeit für 3705 Mitglieder 5174 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 9612 Mitglieder 18 769 Mk. Lohn-erhöhung wöchentlich. Das Verbandsvermögen betrug Ende 1911 589 077 Mk. Der Verbandstag beschloß, dem Vorstand einen Beirat zur Seite zu stellen. Wenn der Vorstand die Genehmigung zu einem Streik versagt, muß vorher ein Mitglied der örtlichen Verwaltung des betreffenden Orts zu einer Vorstandssitzung geladen worden sein. Die Generalversammlung soll bis zum nächsten Verbandstage im Jahre 1914 als gewählt gelten, um bei außerordentlichen Angelegenheiten sofort zusammentreten zu können.

Genossenschaftl. Monatsschau.

Berlin, den 20. Mai 1912.

Die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften 1911. Die deutsche Großeinkaufsgesellschaft 1911. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine 1911. Der neunte Genossenschaftstag des Zentralverbandes.

Das »Internationale Genossenschaftsbulletin« teilt jetzt die Umsätze von 17 Großeinkaufsgesellschaften im verflochtenen Jahre mit. An der Spitze steht, wie üblich, die englische Großeinkaufsgesellschaft, die einen Umsatz von rund 560 Millionen Mark erzielt hat. Der gesamte Umsatz der 17 Großeinkaufsgesellschaften beträgt 994 Millionen Mark. Die englische Großeinkaufsgesellschaft hat also einen größeren Umsatz als sämtliche anderen zusammen. Auf die englische Großeinkaufsgesellschaft folgt die schottische, allerdings mit ziemlichem Abstand. Ihr Umsatz belief sich auf 157 Millionen Mark. An dritter Stelle steht wieder die deutsche Großeinkaufsgesellschaft mit einem Umsatz von rund 110 Millionen Mark. Von den anderen Großeinkaufsgesellschaften seien noch die dänische mit 55 und die schweizerische mit 25½ Millionen Mark genannt. Die Großeinkaufsgesellschaften mit den größten Umsätzen, die englische und schottische, die bereits seit vielen Jahren arbeiten, können natürlich nicht mehr mit großen relativen Zunahmen prunken, denn ihnen ist es unmöglich, noch Neuland zu erschließen. Aber auch die fünfprozentige Umsatzvermehrung der englischen Großeinkaufsgesellschaft ergibt noch immer 26½ Millionen Mark, das ist mehr als der Gesamtumsatz der Großeinkaufs-Abteilung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine.

Recht erheblich ist auch die Umsatzvermehrung der *Größeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine* im Jahre 1911. Sie betrug 21 Millionen Mark oder 23 Prozent! Die Großeinkaufsgesellschaft hat durch diese gewaltige Steigerung zum ersten Male einen Umsatz von mehr als 100 Millionen Mark erreicht; die genaue Zahl lautet 109 605 469,39 Mk. Die Zahl der *Abnehmer* der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist von 554 auf 574 gestiegen, die Zahl der Vereine, die *Mitglied* bei der Großeinkaufsgesellschaft sind, von 675 auf 706. Die Lieferung von Waren, die in *genossenschaftlichen Betrieben hergestellt* sind, stieg von 3,6 Millionen Mark im Jahre 1910 auf 5,6 Millionen Mark im Jahre 1911. Eine Anzahl Artikel, so Margarine, Kornkaffee, Roggenmalkaffee und andere, werden im Auftrage der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine von privaten Fabriken hergestellt, führen aber die Marke G. E. G. Wir haben es hier mit einem Stück Produktion für den Bedarf, aufgebaut auf genossenschaftlicher Grundlage, zu tun. Daneben hat die *Eigenproduktion* weitere Ausdehnung erfahren. Der Umsatz der *Seifenfabrik* betrug 1,37 Millionen im Jahre 1910, stieg 1911 auf 4,7 Millionen Mark. Auch wenn man berücksichtigt, daß das Geschäftsjahr 1910 der Seifenfabrik nur 6 Monate zählte, so ist die Zunahme doch noch immer sehr erheblich. Es wurden 9,6 Millionen Kilogramm Seifenfabrikate und 25 800 Gros Toiletteseifen im ablaufenden Jahre hergestellt. Die drei *Zigarrenfabriken* in Frankenberg, Hockenheim und Hamburg

haben ihren Umsatz von 2,14 Millionen Mark auf 2,7 Millionen Mark, also um mehr als eine halbe Million Mark gesteigert. Es wurden 37 000 Mille abgesetzt gegenüber 30 000 Mille im Jahre 1910. Die *Kaffeerösterei* erzielte einen Umsatz von 166 7081 kg. Eine weitere Ausdehnung der Eigenproduktion steht bevor. Mitte des Jahres wird voraussichtlich die von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine angekaufte *Zündholzfabrik* in Lauenburg (Elbe) in Betrieb gesetzt werden. Ferner wird die *Kautabakarbeitergenossenschaft* in Nordhausen in die Großeinkaufsgesellschaft aufgenommen. Die Generalversammlung der Kautabakarbeitergenossenschaft hat einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Für weitere Ausdehnung der Eigenproduktion sind Vorbereitungen im Gange. — Das Personal, das im Vorjahre 1155 Personen zählte, ist im Berichtsjahr auf 1297 Köpfe angewachsen. Es sind beschäftigt 3 Geschäftsführer, 6 Prokuristen, 6 leitende Beamte in den Abteilungen Verwaltung, Zigarrenfabrik und Seifenfabrik, 7 Lagerverwalter, 10 Vertreter, 8 Abteilungsleiter, 1 Architekt, 2 Chemiker, 239 Kontoristen, 1 Aufseherin, 28 Maschinenschreiberinnen, 2 Telefonistinnen, 28 Boten, 11 Lehrlinge, 1 Hausmeister, 1 Heizer, 4 Kantinenfrauen, 1 Lagermeister, 1 Röstmeister, 7 Röster, 6 Lagerarbeiter, 65 Lagerarbeiterinnen, 10 Werkmeister, 286 Zigarrenarbeiter, 317 Zigarrenarbeiterinnen, 3 Siedemeister, 110 Fabrikarbeiter, 93 Fabrikarbeiterinnen. Die Großeinkaufsgesellschaft hat mit den beteiligten Gewerkschaften für ihre sämtlichen Arbeiter und für das Kontorpersonal *Tarifverträge* abgeschlossen. Die tatsächlichen Löhne und Gehälter gehen jedoch über die Grenzen dieser Verträge hinaus. Ferner zahlt die Großeinkaufsgesellschaft die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung für ihr Personal. Das macht allein 40 000 Mk. im Jahre aus. Dann zahlt sie 25 000 Mk. an Beiträge für die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Insgesamt kommen an Mehrleistungen über das Maß, zu dem die Großeinkaufsgesellschaft durch ihre Verträge verpflichtet ist, 100 000 Mk. zusammen. Diese Summe kann man jedoch erst recht würdigen, wenn man bedenkt, daß es selbstverständlich einem Unternehmen, wie der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H., nicht möglich ist, Arbeits-tarifverträge abzuschließen mit Löhnen, die sich unter dem in der Konkurrenz üblichen Niveau bewegen. — Die *Bankabteilung* zählte für 1911 369 Inhaber von Girokonten. Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrug 1911 491 Mill. Mark gegenüber 347,5 Millionen Mark im Vorjahre. — Der *Reingewinn* der Großeinkaufsgesellschaft belief sich auf 1,1 Millionen Mk. Für jeden, der die vorsichtige Finanzpolitik der Großeinkaufsgesellschaft kennt, ist es klar, daß reichlich Abschreibungen gemacht sind, aber auch dieser Überschuss wird nicht ausgeschüttet. Die angeschlossenen Vereine erhalten nur 200 000 Mk., während der Rest zur Stärkung der eigenen Mittel verwendet wird. Von diesen 200 000 Mk. fließt übrigens ein großer Teil in Form von neuen Einzahlungen auf Geschäftsanteil wieder der Großeinkaufsgesellschaft zu. — Möchte der im Jahre 1911 erzielte Aufschwung andauern, damit es die deutsche Großeinkaufsgesellschaft bald dahin bringt, daß sie unmittelbar hinter der englischen rangiert.

Auch der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* hat 1911 sehr erfreuliche Fortschritte erzielt. Er umfaßt nach dem nunmehr veröffentlichten Vorstandsbericht Ende 1911 insgesamt 1183 Konsumgenossenschaften mit 1 325 000 Mitgliedern. Infolge des Strebens, statt der Bildung neuer Vereine nach Möglichkeit die neuen Gebiete an bestehende Vereine anzuschließen, ist deren Zahl wenig gestiegen, dagegen hat sich ihre Stärke und ihr Umsatz ganz außerordentlich günstig entwickelt. Der letztere stieg zusammen von 433 auf 506 Millionen Mark. In der Eigenproduktion wurden allein für 81 Millionen Mark Waren hergestellt. Die angeschlossenen Konsumvereine beschäftigen insgesamt 21 939 Personen. Das gesamte Betriebskapital der Vereine erreichte 152 Millionen Mark. Es ist durchaus zu wünschen, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder überall der genossenschaftlichen Warenversorgung anschließen. Neben den sonstigen Vorteilen bietet u. a. die dort gewonnene Ersparnis an Warenpreisen eine Stärkung des einzelnen in den sozialen Kämpfen. Das lange und geschlossene Ausharren der englischen Bergarbeiter im Streik wird zum Teil mit darauf zurückgeführt, daß die dort besonders stark ausgebaute Genossenschaftsbewegung ihren streikenden Mitgliedern in dieser Zeit die Rückvergütungen auszahlen konnte. Auch beim Kampf der Ruhrbergleute haben die dortigen Konsumvereine ihren Mitgliedern auf die zu erwartende Dividende Kredit gewährt, während solcher bei den Kleinhändlern zumeist abgeschnitten war.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der *neunte Genossenschaftstag des Zentralverbandes* vom 15. bis 19. Juni in Berlin stattfinden und eine außerordentlich wichtige Tagesordnung zu erledigen haben wird. Anschließend wird am 20. Juni die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft stattfinden. Wir werden über die Tagungen in der nächsten Monatsschau berichten.

Nach der »Konsumgen. Korr.«

Rechte und Pflichten im menschlichen Zusammenleben.

Seit Jahrtausenden bemüht sich die Menschheit um die Aufgabe, das menschliche Zusammenleben derart zu regeln, daß es den Anforderungen der Vernunft, der Gerechtigkeit und der Moral entspricht. Das große Ziel, ein Zusammenleben zu schaffen, in dem das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl von Menschen gewährleistet wird, schwebt der ringenden Menschheit in mehr oder minder hellem Lichte vor, und die führenden Geister aller Zeiten und aller Völker haben ihre Kräfte in den Dienst dieser Aufgabe gestellt. Das, was wir Sozialismus im landläufigen Sinne nennen, ist ja weiter nichts als das bewußte und planmäßige Streben, die Menschen auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben und dadurch für eine Neuordnung ihres Zusammenlebens reif zu machen. Dieses Höhersteigen, man könnte sagen, dies mühselige Emporklimmen der Massen, muß sich natürlich auf allen Gebieten vollziehen, auf wirtschaftlichem, gesellschaftlichem, rechtlichem, geistigem und moralischem Gebiete, weil alle diese Faktoren das menschliche Zusammenleben beeinflussen. Grundlegend sind allerdings die wirtschaftlichen Faktoren, weil von der wirtschaftlichen Struktur eines Volkes die andern Zusammenhänge bedingt werden, weshalb denn auch der moderne Sozialismus von der grundlegenden Umgestaltung des Wirtschaftslebens aus an die Lösung der andern Probleme herantritt.

Was einem denkenden Beobachter des menschlichen Zusammenlebens am ehesten auffällt und was einen fühlenden Menschen am schmerzlichsten berührt, das ist die Ungerechtigkeit, die sich überall bemerkbar macht. Die Klage über das schreiende Unrecht, das dem einen Menschen von dem andern, der einen Gruppe von der andern angetan wird, hallt laut durch die Jahrtausende; sie ertönt in den Schriften der griechischen Sozialphilosophen und in den Predigten der jüdischen Propheten, sie macht sich vernehmbar in den Flugschriften der mittelalterlichen Ketzer und sie zieht sich wie ein Leitmotiv durch die Reden der modernen Agitatoren. »Es gibt keine Gerechtigkeit mehr in der Welt!« so schallt es uns überall entgegen, und sehnsüchtig richtet sich der Blick des Menschenfreundes in die Zukunft, die uns das Reich der Gerechtigkeit und der Liebe bringen soll.

Der altgriechische Philosoph Aristoteles hat drei Grundprinzipien des menschlichen Zusammenlebens aufgestellt und dadurch der Menschheit den Weg gewiesen, den sie zu gehen hat. Das erste und niedrigste Prinzip ist das Prinzip der *Überwältigung*, der Ausbeutung, der Ungerechtigkeit, des Kampfes aller gegen alle. Jeder Mensch sucht seinen Nebenmenschen zu seinen egoistischen Zwecken zu mißbrauchen, um möglichst viel Vorteil aus ihm herauszuschlagen; er schreitet herzlos und rücksichtslos über fremdes Lebensglück dahin, um sein eigenes Glück zu bauen. Homo homini lupus — der Mensch ist ein Wolf für den andern Menschen; dieser Spruch verleiht diesem Zustande Ausdruck, oder wie sich ein alter Bauer einmal drastisch ausdrückte: Es gibt keinen Deibel, aber der eine Mensch ist dem andern sein Deibel. Das zweite, höhere Prinzip ist das Prinzip der *Gerechtigkeit*, jene sittliche Gesinnung, die das eigene Interesse mit dem Interesse der andern nach Möglichkeit auszugleichen sucht. Im Gegensatz zu jener antisozialen Auffassung, die nur das Recht des Stärkeren kennt, soll der von dem Prinzip der Sozialgerechtigkeit erfüllte Mensch überall, wo er mit andern Menschen zusammentrifft, wo es sich um die Zuteilung von Vorteilen und Nachteilen handelt, die verhältnismäßige Gleichheit walten lassen, indem er weder von den Vorteilen sich selbst zu viel und dem Mitmenschen zu wenig, noch von den Nachteilen sich selbst zu wenig und dem andern zu viel zuwendet, sondern sich ehrlich um das richtige Mittelmaß bemüht. Das dritte und höchste Prinzip ist das Prinzip der *Menschenliebe*, das darin besteht, daß man seinem Nebenmenschen nicht nur Dienst mit Gegendienst erwidert, sondern daß man ihm mit Liebeserweisungen zuvorkommt und daß man ihm Wohlthaten erzeigt, ohne auf Belohnungen zu hoffen.

Wie weit wir von dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit auch heute noch entfernt sind, von dem Prinzip der allumfassenden Menschenliebe ganz zu schweigen, ist allgemein bekannt. Auch heute noch herrscht das Prinzip der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und die Ungerechtigkeit drückt all unsern Zuständen ihren Stempel auf. Aber immer von neuem wieder macht die menschliche Anläufe, durch materielle Hebung und geistige Veredelung der Massen das menschliche Zusammenleben auf eine neue Basis zu stellen. Überall sprießen die Keime eines neuen Menschentums hervor, und wenn es auch unsagbare Mühe und Arbeit kostet, diese Keime zu Blüten und Früchten zu entwickeln, so darf man doch wohl ohne Übertreibung sagen, daß in diesem Kulturkampfe ganz bedeutende Erfolge erzielt worden sind.

Die große Schwierigkeit der Neugestaltung des menschlichen Zusammenlebens hat zunächst ihre Ursache darin, daß der lebensvolle Organismus, den wir Menschheit nennen, so außerordentlich entwickelt und vielseitig ist, daß er sich nicht nach einem beliebigen Schema regeln und modeln läßt. Leider gibt es auf sozialem Gebiete, fast mehr noch

als auf medizinischem Gebiete, zahllose Quacksalber und Wunderdoktoren, die ein Universalmittel anpreisen, mit dem sie alle Schäden der Menschheit von einem Punkte aus radikal kurieren wollen. Man lese nur die Traktate dieser Pflücker, in denen sie unter Aufbietung einer großen Reklame ihre alleinseligmachende Methode der stauenden Mittelteil empfehlen und sich erbieten, die soziale Frage im Handumdrehen zu lösen. Und dabei bedeutet die Lösung der sozialen Frage nicht mehr und nicht minder als die Regelung des menschlichen Zusammenlebens nach den Prinzipien der Vernunft, der Gerechtigkeit und des Sozialismus. Daher ist denn auch die soziale Frage so ungeheuer kompliziert, und jedem, der an sie herantritt, zeigt sie ein anderes, wechselndes Gesicht.

Natürlich ist die soziale Frage in erster Linie eine materielle Frage, eine *Magenfrage*, wie man sie treffend genannt hat. Nach dieser Richtung hin bedeutet also die Lösung der sozialen Frage eine Neuordnung des Wirtschaftslebens in technischer und moralischer Beziehung: eine planmäßige Produktionsweise, die mit den vollkommensten Mitteln der Wissenschaft und Technik arbeitet und deshalb den höchstmöglichen Arbeitsertrag gewährleistet, und eine gerechte Verteilungsweise, die jedem das gibt, was ihm zukommt. In einer solchen Wirtschaftswelt wird jede Kräftevergeudung und Kräftezerplitterung verschwinden und eine Möglichkeit, andere Menschen auszubeuten, wird es nicht mehr geben. Dieser Teil der sozialen Frage schließt verschiedene Einzelfragen in sich: die Wohnungsfrage und die künstlerische Ausgestaltung der Wohnung; die Ernährungfrage und die Frage nach einer gesunden Lebensweise; die Arbeitsfrage, die sich mit der Länge der Arbeitszeit und dem Grade der Intensität beschäftigt; die Frage nach einer Abwechslung zwischen geistiger und mechanischer Arbeit usw. Alle diese Fragen deuten auf die materiellen Bedürfnisse des Menschen hin und suchen sein körperliches Wohlbefinden zu heben. Daneben drängen sich auch Fragen geistiger respektive sozialgeistiger Art auf. In diesem Sinne ist die soziale Frage eine *Bildungs- und Erziehungsfrage*, eine Schulfrage und eine wissenschaftliche, künstlerische und moralische Frage. Und endlich taucht im Hintergrunde die *sexuelle Frage* in all ihrer grandiosen Wichtigkeit auf: die schwerwiegende, die tiefsten Tiefen des innern Menschen aufwühlende Frage, wie sich die geschlechtlichen Beziehungen der Menschen untereinander gestalten sollen.

Wenn wir einen solchen Komplex von Einzelfragen überblicken, so dämmert uns die Ahnung auf, daß die *Neugestaltung des menschlichen Zusammenlebens eine sehr verzwickte Sache ist, an der jede schematische und mechanische Behandlung scheitern muß*.

Die hauptsächlichste Schwierigkeit des menschlichen Zusammenlebens nach vernünftigen und gerechten Prinzipien zu regeln, liegt in dem Gegensatz zwischen dem Einzelmenschen und dessen Interessen auf der einen Seite und der Gesellschaft und deren Interessen auf der andern Seite. In der Tat macht sich dieser Gegensatz überall bemerkbar, wo das private Interesse des einzelnen Menschen mit dem allgemeinen Interesse der Gruppe in Konflikt gerät. Im großen tritt dieser Gegensatz in die Erscheinung als *Gegensatz zwischen der individualistischen und sozialistischen Weltanschauung*. Der Individualismus geht von dem Menschen als einer Persönlichkeit aus, die sich von allen andern Persönlichkeiten wesentlich unterscheidet, der Sozialismus betrachtet den Menschen als Glied eines Organismus; ersterer schiebt das eigene Interesse in den Vordergrund und betont das Recht des Genießens und Auslebens, deshalb tritt er unter wechselnder Marke auf: auf moralischem Gebiete erscheint er als Egoismus, auf geistigem Gebiete als Liberalismus, auf wirtschaftlichem Gebiete als Kapitalismus und auf politischem Gebiete als Anarchismus. Der Sozialismus fordert das Zurückdrängen des eigenen Interesses und die bewußte Rücksichtnahme auf die Interessen der Nebenmenschen; er erscheint deshalb in moralischer Beziehung als Altruismus, in wirtschaftlicher Beziehung als Garantismus, in gesellschaftlicher Beziehung als Solidarismus und im politischen Beziehung als Demokratismus. Während der Individualismus das Prinzip aufstellt: „Jeder ist seines Glückes Schmied, jeder ist Herr seines Schicksals und hat seine Geschicke selbst in der Hand!“ — huldigt der Sozialismus dem Grundsatz, daß jeder Mensch der Gesellschaft gegenüber Verpflichtungen hat, daß er aber auch der Gesellschaft gegenüber den Anspruch erheben darf auf eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz. Durch diesen Dualismus, den Gegensatz zwischen Individuum und sozialer Gemeinschaft, erklärt sich die tiefbetäubende Tatsache, daß die Menschheit seit Jahrtausenden in fruchtlosem Ringen nach Sozialisierung ihre Kräfte vergeudet hat.

Das Individuum fordert sein Recht auf Glück und Lebensfreude, auf Genuß und Bewegungsfreiheit; es will sich ausleben, es will seinen Trieben und Neigungen folgen; es will seine Lust haben und seine Bedürfnisse befriedigen. Die Bedürfnisse des Menschen sind vielseitig, sie zerfallen in leibliche und geistige Bedürfnisse, wobei zu berücksichtigen ist, daß erstere ihrem Wesen nach begrenzt sind und deshalb eine Sättigung im Gefolge haben, während letztere unbegrenzt sind, da jede Befriedigung eines seelischen

Bedürfnisses ein neues, höheres Bedürfnis hervorruft. *Die menschlichen Bedürfnisse sind vorwiegend egoistischer Art und drängen die altruistischen Bedürfnisse, die auf das Wohl anderer Menschen abzielen, in den Hintergrund*. Sie drehen sich um die Erhaltung des Lebens (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Erholung), um die Befriedigung des Geschlechtstriebes, um die Anerkennung als Persönlichkeit (Ehrgeiz, Ansehen vor den Menschen), um die Fürsorge für die Zukunft, um Erheiterung, um die Gesundheit, um Reinheit, um Bildung und künstlerische Genüsse. Zu verschiedenen Zeiten tritt das eine oder andere dieser Bedürfnisse in den Vordergrund.

Das ureigste Recht des Menschen ist die Befriedigung seiner Bedürfnisse in dem Umfange und der Weise, wie es ihm paßt. Er will sich in dieser Beziehung keine Vorschriften machen lassen und empfindet deshalb jeden Zwang als eine Beschränkung seiner persönlichen Freiheit. Die freie Bedarfsbestimmung des Individuums ist die Grundlage einer jeden Freiheit. Darum weist ein normaler Mensch, der noch nicht völlig versklavt ist, jeden Versuch, die freie Bedarfsbestimmung zu beschränken, als einen unerbittlichen Eingriff in seine Rechtssphäre zurück. Daher der uralte Vorwurf gegen den Sozialismus, daß er freiheitsfeindlich sei und die Souveränität des Individuums ersticke.

Der Kampf um die Rente.

Wie schwer es mitunter hält, im Falle eines erlittenen Unfalls und namentlich eines tödlich verlaufenen — für die Verletzten oder deren Hinterbliebenen Rente herauszuholen, möge man an nachstehend aufgeführten drei Entscheidungen ersehen. Im ersten Falle handelt es sich um einen Verletzten und während dessen Aufnahme in Heilanstalten um seine Angehörigen, während in den beiden anderen Fällen die Hinterbliebenen tödlich Verunglückter Rente beanspruchen. Was nun die erste Sache anbetrifft, so drehte es sich hier um ein **unzulässiges Wiederaufnahmeverfahren**.

Der Arbeiter B. aus Obhausen-Johannis glitt am 2. Februar 1907 mit einem Eimer flüssigen Paraffins aus und schlug mit dem Hinterkopfe auf dem mit Eisenplatten belegten Fußboden auf. Er arbeitete zunächst weiter, klagte aber schon nach einigen Tagen über zunehmende Kopfschmerzen und wurde, als bei ihm schließlich Geisteskrankheit ausbrach, zuerst im Bergmannstrost in Halle a. S., dann in die psychiatrische Klinik in Jena und hernach in die Landesheil- und Pflegeanstalt zu Nietleben aufgenommen. Die Sektion IV der Knappschafts-Berufsgenossenschaft gewährte, da nach dem Gutachten der Jenaer Klinik der Zusammenhang der Geistesstörung mit dem Unfälle nicht zweifelhaft war, mit Beschluß vom 25. Juni und 14. September 1907 dem Erkrankten freie Kur und Verpflegung für die Dauer seines Aufenthaltes in Jena und Nietleben, sowie der Ehefrau und den beiden ehelichen Kindern die Angehörigenrente. Nachdem diese Bescheide bereits rechtskräftig waren, gab der Direktor der Nietlebener Anstalt sein Gutachten unterm 16. November 1907 dahin ab, daß B. bereits jahrelang vor dem Unfälle geisteskrank gewesen sei und die durch Alkoholismus herbeigeführte Geistesstörung weder durch den Unfall hervorgerufen worden, noch ihre Verschlimmerung dadurch wahrscheinlich sei.

Auf Grund dieses Gutachtens hob die Berufsgenossenschaft die Bescheide vom 25. Juni und 14. September 1907 unterm 16. Dezember 1907 auf und wies die Ansprüche des Verletzten und seiner Angehörigen ab. Die hiergegen eingelegte Berufung wies das Schiedsgericht zurück. Auf eingereichten Rekurs hob das Reichsversicherungsamt unterm 22. März 1909 den Bescheid der Berufsgenossenschaft vom 16. Dezember 1907 und die darauf ergangene Schiedsgerichtsentscheidung wieder auf. Die Aufhebung erfolgte deshalb, weil sich das Schiedsgericht über die Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens nicht ausgelassen hatte und, ohne sie geprüft zu haben, in die materielle Prüfung der Sache eingetreten sei. Das Wiederaufnahmeverfahren des Sektionsvorstandes wurde seitens des Reichsversicherungsamts als unzulässig erklärt.

Der Sektionsvorstand war jedoch der Meinung, daß das Wiederaufnahmeverfahren sich doch rechtfertigen ließe und lehnte mittels Bescheides vom 10. Juni 1909 wiederum die Rente ab. Auf eingereichte Berufung verurteilte nunmehr das Schiedsgericht durch Entscheidung vom 14. Dezember 1909 die Berufsgenossenschaft, dem B. und seinen Angehörigen die ihnen durch die Bescheide vom 25. Juni und 14. September 1907 zugesprochenen Entschädigungen zu zahlen. Nachdem diese Entschädigungen bis zum Tage der Entlassung des B. aus der Nietlebener Anstalt — 25. Februar 1908 — gezahlt worden waren, leitete die Berufsgenossenschaft ein neues Ermittlungsverfahren ein, indem sie ein Entlassungsgutachten über B. einforderte. Der Direktor dieser Anstalt hielt an seinem früheren Gutachten, wonach die Geisteskrankheit keine Unfallfolge sei, fest und nunmehr erfolgte nochmals die Ablehnung der Rentenansprüche vom Tage der Entlassung aus der Anstalt zu Nietleben an. Diese Ablehnung war eine durchaus unzulässige, denn nach dem rechtskräftigen Urteile des Schiedsgerichts vom 14. Dezember 1909 konnte kein Zweifel mehr über die Verpflichtung der Berufsgenossenschaft zur ferneren Rentenzahlung bestehen.

Mittels Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Halle a. S. vom 20. Oktober 1911 wurde die Berufsgenossenschaft nun nochmals zur Rentenzahlung an B. und zwar nach der Entlassung aus Nietleben zunächst zu 50 Prozent, dann vom 14. Oktober 1910 zu 20 Prozent verurteilt. Das Schiedsgericht begründete die Verurteilung damit, daß, nachdem auf Grund des Jenaer Gutachtens die Berufsgenossenschaft einmal gezahlt hätte, sie damit die Geisteskrankheit des B. als Unfallfolge anerkannt und zu erkennen gegeben habe, den B. für die Erwerbsbeschränkung durch Geisteskrankheit zu entschädigen. Bei dieser Entscheidung hat sich die Berufsgenossenschaft endlich beruhigt. **Verschlimmerung eines Lungenleidens als Unfallfolge.**

Der Bergmann J. aus Zscherben zog sich in der Grube dadurch einen Unfall zu, daß er vor einem hereinbrechenden Gebirge flüchten mußte, dabei auf das Gesicht fiel, worauf ihn die niedergehenden Gesteinsmassen bis zu den Armen verschütteten. Trotzdem äußere Verletzungen nach dem Unfall an dem Körper nicht festzustellen waren, nahm das Reichsversicherungsamt unterm 28. November 1911 mit dem behandelnden Arzt an, daß durch den Fall zur Erde und durch das auf ihn stürzende Steinergöl eine erhebliche Erschütterung des ganzen Körpers der Verletzten und insbesondere der Lunge stattgefunden hat, zumal er alsbald nach dem Unfall auch über Schmerzen in der Brust geklagt habe. Der Verletzte versuchte 14 Tage nach dem Unfall seine Grubenarbeit wieder aufzunehmen, aber schon nach einigen Schichten klagte er über Luftmangel, Magen- und Brustbeschwerden, so daß ihm leichtere Arbeit zugewiesen werden mußte. Nach weiteren zwei Wochen mußte er sich von neuem in ärztliche Behandlung begeben und zwei Monate nach dem Unfall verstarb der Verletzte an Tuberkulose. Die Streitfrage war nun die, ob die Tuberkulose mit dem Unfall in ursächlichen Zusammenhang zu bringen war resp. ob durch die Unfallverletzung eine wesentliche Verschlimmerung des tödlichen Ausganges des tuberkulösen Leidens bewirkt worden war. Mit dem einen Obergutachter, Professor Dr. Mosse-Berlin, ebenso, wie schon erwähnt, mit dem behandelnden Arzte, gelangte das Reichsversicherungsamt zu folgendem Schlusse: „Da eine starke Erschütterung des ganzen Körpers und insbesondere der Lunge, wie sie der Verletzte durch den Unfall erlitten hat, feststeht, diese aber nach allgemein anerkannter ärztlicher Erfahrung geeignet ist, die bereits im Verborgenen vorhandene Tuberkulose zum offenen Ausbruch zu bringen, so muß das Vorliegen eines Betriebsunfalles angenommen werden.“ **Um Rentenansprüche, wie im vorliegenden Falle, mit Erfolg geltend machen zu können, dazu ist dringend erforderlich, daß die Verletzten nach erlittenem Unfälle dem Arzte sofort sämtliche Beschwerden, Schmerzen usw. mitteilen.** Dies ist um so notwendiger, als ein im Körper schlummerndes Leiden sehr leicht durch einen Unfall eine zum Tode führende Verschlimmerung erfahren kann.

Selbstmord als Unfallfolge. Der Hofauser R. zu Gottzen hatte sich am 12. November 1907 im Betriebe der Zuckerfabrik zu Gröbers eine Gehirnerschütterung zugezogen. Für die Folgen dieser Verletzung bezog er eine Rente von 75 Prozent. Am 15. November 1909 hat der Verletzte Selbstmord durch Erhängen begangen. Die Witwe führte den Tod des Ehemannes auf den Unfall zurück und beantragte die Hinterbliebenenrente. Der Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft verneinte jedoch einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Tode. Es konnte nun aber, was sehr wichtig war — nachgewiesen werden, daß der Verstorbene in letzter Zeit ein verstörtes Wesen zu Schau getragen und wirre Redensarten geführt hatte. Die hierfür benannten Zeugen wurden seitens des Schiedsgerichts vernommen, außerdem auf dessen Ersuchen noch ein Gutachten eines Nervenarztes, Privatdozenten Dr. S. in Halle a. S., eingefordert. Auf Grund des ausführlichen und wissenschaftlich begründeten Gutachtens dieses Arztes in Verbindung mit dem Ergebnis der gerichtsseitig angestellten Ermittlungen gelangte das Gericht zu der Überzeugung, daß der Verstorbene den Selbstmord nicht bei klarem Bewusstsein, sondern infolge geistiger Umnachtung verübt habe. Nach der Art der Verletzung ist die Geisteskrankheit als eine wirkliche Folge des Unfalles zu erachten. Auf eingereichten Rekurs der Berufsgenossenschaft bestätigte das Reichsversicherungsamt unterm 28. Dezember 1911 — also 25½ Monate nach dem Tode — die Entscheidung des Schiedsgerichts und sprach der Witwe endgültig die Rente zu. Vorher hatte das Reichsversicherungsamt noch ein Obergutachten des Professors A. der Heil- und Pflegeanstalt Uchtspringe eingefordert, welches ebenfalls günstig für die Witwe lautete. Für die Beweisaufnahme war auch noch von Wichtigkeit, daß die Witwe einen Zettel, den der Mann kurz vor Begehen des Selbstmordes geschrieben, aufgehoben hatte und dem Gericht übermitteln konnte. Aus diesem Zettel ging ebenfalls hervor, daß der Mann nicht mehr klar bei Verstande war. Nach alledem konnte die Berufsgenossenschaft mit ihrer Behauptung nicht durchdringen, der Verstorbene habe nicht an einer organischen Gehirnerkrankung, sondern nur an einer für ihn überwindbaren Willensschwäche gelitten und sei nur dadurch zum Selbstmord gelangt.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Eine heuchlerische Jeremiade.

Das Blatt des Schutzverbandes bringt in seinen Nummern 7 und 8 einen Aufsatz über die geschäftliche Lage des deutschen Steindruckgewerbes im Jahre 1911.

Der gesamte Inhalt dieses Artikels setzt sich zusammen aus giftgeschwollenen Aussagen über die organisierte Kollegenschaft und herzergreifenden Klagen über die »Not des Gewerbes«. Mit dem Ausdruck *Gewerbe* ist natürlich das Unternehmertum gemeint. Gewerbe und Unternehmertum sind nämlich bei den kapitalistischen Artiklern immer gleiche Begriffe.

Mit dem vielen ungereimten Zeug, das in diesem Artikel über die »Not des Gewerbes« zum Besten gegeben wird, wird auch tatsächlich bei den gutgläubigen Lesern der Eindruck erweckt, als seien die deutschen Steindruckereibesitzer die am schlimmsten geplagten Leute, als hätte sich alles gegen sie verschworen: das gesamte Ausland, unsere ganze deutsche Kollegenschaft und — die deutsche Reichsregierung.

Jeder Kenner unsrer Berufsverhältnisse weiß aber, daß sich die Sache ganz anders verhält, daß diese Jeremiade, die in diesem Artikel über die geschäftliche Lage unsers Gewerbes angestimmt wird, nur eine Heuchelei ist. Man will mit diesem Gejammer die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von den Verbrechen ablenken, die unser organisiertes Unternehmertum nebst seinem politischen Anhang fort und fort an unserm Gewerbe verübt.

In dem Artikel wird uns in der Einleitung gleich offenbart, daß die allgemeine Lage unsers Gewerbes im letzten Jahre trotz teilweiser lebhafterer Beschäftigung so schlecht gewesen sei wie im Jahr zuvor. Schwerer als irgend eine andre Industrie leide unser Gewerbe unter den neuen Steuergesetzen und der Zollpolitik des Reiches. Es werden auch alle die Staaten aufgeführt, die unsere Zollpolitik mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet haben und nach denen nun der Export der Erzeugnisse unsers Gewerbes teils sehr stark nachgelassen und teils so gut wie ganz und gar aufgehört hat. Berichtet wird solches von Frankreich, Rußland, Italien, Spanien, Portugal, Schweden, Norwegen, Zentral- und Südamerika und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Es steht unzweifelhaft fest, daß die unerhörte Zollpolitik des deutschen Reiches eine derartige Unterbindung des Absatzes der Erzeugnisse unsers Gewerbes herbeigeführt hat. *Unsre Unternehmer haben aber gar kein Recht, darüber zu klagen!* Waren sie es doch, die durch ihre politischen Handlanger diese volksausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik des Reiches mit durchführen halfen. Alle die sogenannten bürgerlichen Parteien, die Parteien der besitzenden Klassen, haben sich, um den ausbeutenden Klassen auf Kosten der ausgebeuteten riesige Extraprofite zu verschaffen, in holder Eintracht zur Durchführung der heftigen Zollpolitik zusammengefunden. Die Industriellen bewilligten den Agrariern die Getreidezölle usw., und die Agrarier bewilligten den Industriellen dafür die Industriezölle. Nur eine einzige Partei, die Partei des werktätigen Volkes, die Partei der Ausgebeuteten, die Sozialdemokratie, stemmte sich entschieden gegen diese Zoll- und Raubpolitik. Sie tat es, um der Wohlfahrt des gesamten deutschen Volkes zu dienen. Sie wollte verhindern, daß das werktätige Volk von den Zollwucherpartei ausgeplündert und unsre deutsche Industrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte beeinträchtigt würde.

Die Folgen dieser unheilvollen Zollpolitik machen sich natürlich nun auch in unserm Ge-

werbe bemerkbar. Der Artikler im Steindruckgewerbe behauptet, eine Besserung der geschäftlichen Lage unsers Gewerbes sei nur durch einen *Wechsel der Zollpolitik* des Reiches zu erwarten. Diese Behauptung ist eine widerliche Heuchelei und zugleich auch großer Unsinn. Nicht durch einen *Wechsel* der Zollpolitik, sondern nur durch eine völlige *Abkehr* von ihr ist eine solche Besserung zu erwarten. Eine gänzliche Aufhebung der Zollpolitik will aber keine einzige bürgerliche Partei; auch die liberalen Parteien, denen sich unsere Unternehmer zurechnen, machen hier keine Ausnahme. Wer sich besonders mit diesem Gelichter im letzten Wahlkampfe in Versammlungen und in der Presse hat herumschlagen müssen, weiß Bescheid: die Herren Liberalen jeder Richtung wollen unbedingt festhalten an dem auf der *Grundlage der Zollpolitik* beruhenden »bewährten Wirtschaftssystem«. Die deutschen Steindruckereibesitzer denken natürlich samt und sonders auch so. Ihre Jeremiade im Deutschen Steindruckgewerbe ist eben weiter nichts als ein Versuch, die Öffentlichkeit in plumper Weise irrezuführen.

Unsre Fach- und Schutzverbändler denken deshalb nicht daran, sich für eine Beseitigung der ganzen Zollpolitik ins Zeug zu legen, weil sie die gewaltigen Extraprofite, die diese Politik allen Ausbeutern im allgemeinen bringt, nicht verlieren wollen. Ihr Appetit steht vielmehr nach noch mehr Profiten: sie wollen eine *einseitige Änderung* der Zollpolitik zu ihrem persönlichen Vorteil. Diese gierigen Profitheiber wollen haben, daß sie von dem Schaden, den die Zollpolitik der deutschen Industrie dadurch bringt, daß ihre Absatzgebiete auf dem Weltmarkte beschnitten werden, keinen Teil tragen sollen. Sie verlangen von der Reichsregierung nicht mehr und nicht weniger, als daß sie bei dem Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Staaten dem deutschen Steindruckgewerbe eine Ausnahmestellung verschaffe, was natürlich nur auf Kosten aller übrigen deutschen Industriezweige geschehen könnte. Unsre schlauen Unternehmer möchten, wie gesagt, die allgemeinen Vorteile, die die Zollpolitik dem gesamten Ausbeutertum bringt, wohl mit einheimsen, aber nicht ihre Nachteile mit tragen. Diese auf sich zu nehmen, das soll allen andern überlassen bleiben. Für sie gilt eben auch jenes »selbstlose« Gebet:

»Ich bitt Dich, heiliger Florian,

Beschütz mein Haus, zünd andre an!«

Einen solchen »Wechsel der Zollpolitik« nach dieser Sankt-Florians-Politik, wie sie ihn unsre profitflüsternden Steindruckereibesitzer wünschen, kann die deutsche Reichsregierung aber nicht vornehmen. Solche Schlaumeier, die derartige Wünsche stellen, gibts nämlich massenhaft in allen andern Industriezweigen auch.

Man verlangt von unsrer Regierung, daß sie mit andern Staaten Handelsverträge abschließe. Da unsre Regierung mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien die Erhebung hoher Agrar- und Industriezölle durchgeführt hat, kann sie aber zu einem Handelsvertrag mit einem andern Staat nur dann kommen, wenn sie diesem das Recht einräumt, nach seinem Ermessen das gleiche zu tun. Die Forderung eines Gewerbes, ihm die Ausnahmestellung zu verschaffen, daß seine Erzeugnisse in dem Vertragsstaat Zollfreiheit genießen, kann dabei nicht berücksichtigt werden. Es ist Sache des andern Staates, von welchen fremden Industrieprodukten er Zölle erheben will, und Konzessionen macht dieser Staat eben nur dann, wenn wir uns selbst zu solchen bereit erklären. Eine Ausnahmebegünstigung möchte aber jedes Gewerbe beim Abschluß eines Handelsvertrages haben. Solche Sonderwünsche sind weder berechtigt, noch lassen sie sich durchführen. Kein Gewerbe kann verlangen, daß es auf Kosten der andern bevorteilt werde.

Zu befriedigenden Handelsverträgen kann man eben nur dann kommen, wenn man sich

zu der Politik bekennt, die die Partei des werktätigen Volkes, die Sozialdemokratie, befolgt. Wer ernsthaft will, daß sich die Absatzmöglichkeit der Erzeugnisse unsers Gewerbes auf dem Weltmarkte vergrößere und damit die geschäftliche Lage unsers Gewerbes bessere, der darf nicht, wie die Fach- und Schutzverbändler, einen »Wechsel der Zollpolitik des Reiches«, sondern der muß, wie wir es tun, eine völlige *Abkehr von dieser Zollwucherei* fordern. Man muß sich zum Freihandel bekennen! Es ist doch ganz natürlich, daß sich fremde Staaten nur dann bereit erklären, unsern Gewerbeerzeugnissen Zollfreiheit zu gewähren, wenn wir auch seinen Exportartikeln freie Einfuhr gestatten.

Wie resümieren also: Die organisierten Steindruckereibesitzer, die sich zur *Zollwucherei* bekennen, haben kein Recht, über die schlechte Lage unsers Gewerbes zu klagen, *da sie diese schlechte Lage durch politische Betätigung selbst herbeigeführt haben*. Da sie sich in dieser Beziehung auch gar nicht bessern und fürderhin an ihrer unheilvollen, berufsschädigenden Politik festhalten wollen, sind ihre Beschwerden über die Folgen ihrer Politik widerliche Heucheleien, schändliche Verschleiervorgänge.

Nur wir allein bekämpfen die volksausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Klassen. *Nur wir allein sind darum auch die wahren Verfechter der Interessen des deutschen Steindruckgewerbes*. Unsre Unternehmer haben sich schon wegen ihrer politischen Tätigkeit — wir wollen hier ganz absehen von ihrer gewerkschaftlichen — bisher als die *schlimmsten Schädiger unsers Gewerbes* erwiesen.

Das wäre das, was wir zu den Aussagen des erwähnten Aufsatzes des Deutschen Steindruckgewerbes über die Zoll- und Steuerpolitik des Reiches zu sagen gehabt hätten. Zu den giftgeschwollenen Aussagen, die in diesem Aufsatz auf unsern Verband gemacht werden, werden wir in einem andern Artikel im besondern Stellung nehmen. Wir werden zeigen, daß diese Jeremiaden über die Haltung unsers Verbandes nicht weniger heuchlerisch und verlogen sind. *Fr. Schitt.*



Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner u. Maler. Redigiert von Fr. Schittner, Hannover.

Die Verelendung in der Lithographie.

Vor mehreren Monaten brachten wir hier einen Artikel über die soziale Lage der Berliner Lithographen. Der Artikel befaßte sich hauptsächlich mit einer Statistik, die die Verwaltung unsrer Berliner Lithographen-Filiale über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der dortigen Lithographen, Kartographen und graphischen Zeichner aufnahm. Die Statistik galt für das Jahr 1910. Sie war eine sehr fleißige und vielseitige Arbeit, die uns wertvolle Aufschlüsse über unsern Beruf gab, Aufschlüsse, die jedem Berufsgenossen sehr zu denken geben müssen.

In dem Artikel waren die Ergebnisse dieser Statistik recht übersichtlich und wirkungsvoll zusammengestellt. Wer sich in diese Zusammenstellung vertiefte, mußte unbedingt zu dem Schluß kommen, daß es mit den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Berliner Lithographen wirklich recht schlecht bestellt ist. Man brauchte die weiteren Bemerkungen des Artikels dazu, in denen dies auch hervorgehoben wurde, gar nicht erst noch zu vernehmen.

Auskunft über ihre Verhältnisse gaben bei dieser Statistik 728 Kollegen (Lithographen, Zeichner und Kartographen). Ihre Verdienstangaben zeigten uns, daß ihr Einkommen im allgemeinen doch recht unzulänglich ist. Zu einer menschenwürdigen Lebensführung reicht es in den meisten Fällen nicht bei den beschiedenen Ansprüchen aus. Von diesen 728 Kollegen erklärten auch 322 rund heraus, daß sie durch die schlechten Verhältnisse, in denen sie sich befanden, gezwungen gewesen seien, durch *Heimarbeit und Überarbeit* ihr Einkommen zu erhöhen.

Wir wollen nicht verhehlen, daß es sehr bedenklich ist, in dieser Weise sein Einkommen zu

steigern. Wenn selbst unter organisierten Kollegen solche Maßnahmen in größerem Umfange einleiten, so beweist uns dies nur das, daß die Verelendung in der Lithographie schon sehr weit um sich gegriffen haben muß. Wird doch weiter in der Statistik angegeben, daß Kollegen auch durch eine außerberufliche Nebenbeschäftigung ihr Einkommen so zu gestalten suchten, wie es zur Lebensfristung notwendig ist. Bei 41 Lithographen war dies der Fall. Ferner waren bei 123 Kollegen sogar die Ehefrauen gezwungen, durch Heimarbeit oder durch Tätigkeit in einem Betriebe mit zu helfen, den Lebensunterhalt zu verdienen.

Dazu kommt noch die große Arbeitslosigkeit unter den Berliner Lithographen, die dadurch, daß so sehr viele zur Heim- oder Überarbeit ihre Zuflucht nehmen, gewiß auch nicht gemildert wird. Es zeigt sich eben hier wieder, daß die Verelendung, wenn sie erst einmal in einem Berufe einen gewissen Stand erreicht hat, ganz naturgemäß solche Handlungen gebiert, die die Verelendung zu einem weiteren Wachstum antreiben.

Von den 728 Kollegen, die sich an der Statistik beteiligten, wurden im Jahre 1910 330 Kollegen arbeitslos. Im Durchschnitt kam auf jeden dieser Kollegen eine Arbeitslosigkeit von 45 Tagen. Das ist eine enorme Zeit. Weiter haben 223 Kollegen im ganzen Jahre 480 mal ihre Stellen gewechselt wegen Arbeitsmangel oder sonstigen Ursachen.

So stand es mit den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Berliner Lithographen im Jahre 1910. Der Jahresbericht unserer Berliner Lithographenfiliale über das Jahr 1911, der hier in der Nummer vom 19. April gebracht wurde, lehrt uns, daß sich auch in diesem Jahre die Verhältnisse nicht zu unsern Gunsten verändert hatten, obwohl — wie das Schutzverbandsblatt in seinem Artikel über die geschäftliche Lage des deutschen Steindruckgewerbes im Jahre 1911 hervorhebt — die Beschäftigung im Gewerbe teilweise lebhafter gewesen ist. In Berlin haben sich, wie uns der Jahresbericht sagt, im letzten Jahre 71 Lithographen genötigt gesehen, vom Berufe abzugehen. Sie sollen fast alle ein besseres Fortkommen gefunden haben. Von 928 Mitgliedern der Berliner Lithographenfiliale hatten während des Jahres nur 208 das Glück, nicht von Arbeitslosigkeit oder Krankheit betroffen zu werden, 623 Fälle von Arbeitslosigkeit wurden gemeldet. Die Aussperrung ist hierbei nicht berücksichtigt. Im Durchschnitt dauerte im Jahre 1911 jeder Fall der Arbeitslosigkeit 7 Wochen und 1 Tag gegen 5 Wochen und 4 Tage im Jahre zuvor. Die Verelendung in der Lithographie hat also trotz lebhafter Beschäftigung des Gewerbes im letzten Jahre weitere Fortschritte gemacht.

Unsre Gegner spotten viel über die Verelendungstheorie der Sozialdemokratie. Sie behaupten, diese Theorie sei haltlos. Um ihre Behauptung zu beweisen, berufen sie sich sogar auf die erfolgreiche Tätigkeit der Gewerkschaften. Sie sagen, die Gewerkschaften wiesen doch selbst statistisch nach, wie sehr sich die Lage der Arbeiter durch ihr Wirken gebessert hätte. Wir widerlegten also mit diesen Veröffentlichungen selbst diese Verelendungstheorie.

Diese Aufstellungen der kapitalistischen Soldschreiber sind natürlich dummer Schnack. Eine Verelendungstheorie, wie sie diese Herren auslegen, ist von uns noch nie aufgestellt worden. Wir wissen wohl, daß sich die materielle Lage der Arbeiter durch unsre Tätigkeit gebessert hat, und wir wären auch große Toren, wollten wir diese Tatsache bestreiten, statt sie hervorzuheben. Wie wollten wir denn sonst die Indifferenten für die Gewerkschaften gewinnen! Deswegen bleibt unsre Verelendungstheorie aber doch richtig. Sie ist nämlich in dem Sinne aufgestellt worden, daß sich die Lage der Arbeiter nicht absolut, sondern relativ, das heißt im Verhältnis zu der der Kapitalisten, immer mehr und mehr verschlechtert. Die Profite der Unternehmer steigen mehr als die Löhne der Arbeiter. Die Wohlhabenheit des Kapitalisten wächst schneller als die Besserstellung des Arbeiters. Die Besserung der materiellen Lage des Arbeiters verhindert eben nicht die fortwährende Verschlechterung seiner gesellschaftlichen Lage. Die gesellschaftliche Kluft, die den Arbeiter vom Kapitalisten trennt, erweitert sich immer mehr und mehr. Darin liegt seine Verelendung!

In welcher Weise der Arbeiter verelendet, das schildert Marx in seinem Werkchen *Lohnarbeit und Kapital* auch recht anschaulich. Er sagt dort: »Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, dann schrumpft das kleine Haus zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nun,

daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat; und mag es im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar in höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter und gedrückter in seinen vier Pfählen finden. Obgleich also die Genüsse des Arbeiters gestiegen sind, ist die gesellschaftliche Befriedigung, die sie gewähren, gefallen im Vergleich mit den vermehrten Genüssen der Kapitalisten, die dem Arbeiter unzugänglich, sind im Vergleich mit dem Entwicklungszustand der Gesellschaft überhaupt.«

Unsre Feststellungen über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Berliner Lithographen zeigen uns aber, daß man hier nicht nur von einer relativen, sondern sogar auch seit geraumer Zeit von einer absoluten Verelendung reden kann. Wie die Verhältnisse in der Lithographie in Berlin sind, so sind sie ähnlich auch in vielen andern Orten anzutreffen.

Unser Beruf ist eben gegenwärtig überfüllt von Arbeitskräften. Der Zufluß von Lehrlingen war in den letzten Jahren zu groß im Vergleich zu der Entwicklung der Arbeitsgelegenheit in der Lithographie. Unsre Unternehmer haben durch ihre Unterstützung der Zollpolitik des Reiches unser Gewerbe arg geschädigt. Sie haben durch ihre politische Tätigkeit eine starke Beschränkung des Bedarfs an Arbeitern in unserm Gewerbe herbeigeführt. An einer anderen Stelle der Graphischen Presse wird dieses gewerbeschädigende Treiben unsrer Unternehmer gebührend beleuchtet.

Soll diese Verschlimmerung der Zustände in der Lithographie, wie wir sie hier dargelegt haben, nicht noch weiter fortschreiten, dann müssen wir vor allen Dingen dafür sorgen, daß sich der Überfluß an Arbeitskräften in unserm Berufe aufhebt. Es wäre verkehrt, wollte man annehmen, daß sich ein solcher Ausgleich allmählich von selbst vollziehen werde. Es ist nicht darauf zu rechnen, daß der Bedarf an Arbeitskräften in unserm Berufe wieder einmal stärker ins Steigen komme. Unsre Regierung und die bürgerlichen Parteien halten fest an ihrer schutzzöllnerischen Raubpolitik und ihrer völkerverhetzenden imperialistischen Weltmachtpolitik, die bewirkt hat, daß unserm Gewerbe die ausländischen Absatzgebiete mehr und mehr verloren gingen und unser Gewerbe selbst einem dauernden Niedergang entgegenging. Wie an anderer Stelle nachgewiesen wird, denken selbst unsre Steindrucker-Unternehmer nicht daran, gegen diese unheilvolle Politik unsrer heutigen Machthaber ernstlich Front zu machen. Diese Herren können eben auch nicht aus ihrer kapitalistischen Haut heraus. Sie werden auch fernerhin mit allen den andern kapitalistischen Zollwuchern und imperialistischen Abenteurern an einem Strang ziehen und weiter wirken für den Niedergang unsers Gewerbes. Hier ist also nichts Gutes zu hoffen!

Wir dürfen es aber nicht ruhig mit ansehen, daß unser Beruf solche Leute, die lange Jahre ihren Erwerb in ihm gefunden haben, jetzt massenhaft abstoßt. Wir müssen dafür sorgen, daß auf dem Arbeitsmarkt in unserm Beruf das Angebot zur Nachfrage wieder in ein normales Verhältnis komme. Der Aufsatz im *Steindruckgewerbe*, in dem im einzelnen dargelegt ist, wie sich unsre Absatzgebiete auf dem Weltmarkt immer mehr einengen und wie schlecht sich der Stand der Beschäftigung in unserm Berufe gestaltet, wird uns dabei vortreffliche Dienste leisten.

Der Steindrucker.

Teil für die Interessen des Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendrucker.

Ein Wort zur Lehrlingsfrage.

Durch den Abschluß unserer Bewegung am 27. Januar ist auch die Lehrlingskaskade etwas verbessert worden. Trotzdem sind wir Steindrucker verpflichtet, zu untersuchen, ob sie nicht doch noch viel zu hoch ist. Würde sich unser Beruf in einer Periode des Aufstiegs befinden, dann hätten wir, allenfalls kein Wort darüber zu verlieren. Aber wie ist denn in Wirklichkeit die Sachlage? Durch stets neue Erweiterungen in der Technik des Steindrucks ist die Situation wohl für das Großkapital immer günstiger geworden und für dieses wird sich das Gewerbe auch voraussichtlich immer rentabler gestalten; aber für die im Beruf beschäftigten Arbeiter haben sich meiner Ansicht nach die Aussichten nicht nur nicht verbessert, sondern sogar ganz wesentlich verschlechtert.

In erster Linie entwickelt sich die Rotationsmaschine immer mehr und mehr. Dadurch werden wohl weit mehr Druckerzeugnisse als bisher auf den Markt geworfen, ohne daß aber die Anzahl der zu ihrer Herstellung erforderlichen Drucker

vermehrt zu werden braucht. Man täusche sich auch nicht über die Sachlage durch die irriren Annahme, daß die Rotationsmaschine nicht für alle Arbeiten verwendbar sei. Bei der Einführung unserer Flachdruckmaschinen stellten sich zuerst auch verschiedene, anscheinend unüberwindliche Schwierigkeiten heraus, die ihrer Einführung auf allen Gebieten des Steindrucks hinderlich zu sein schienen. Aber wie schnell haben sich diese durch immer neue Verbesserungen beseitigen lassen! So wird es auch beim Rotationsdruck sein. Wer will heute behaupten, daß der Chromodruck nicht in absehbarer Zeit auch auf Rotationsmaschinen sehr sauber hergestellt werden kann? Denjenigen Kollegen, die die Entwicklung des Chromodrucks an der Flachdruckmaschine, die ständige Erhöhung der Tagesauflagen und die stete Vergrößerung der Druckformate miterlebt haben, sind die Entwicklungsmöglichkeiten der Rotationsmaschinen wohl vollständig klar.

Dazu kommt die Entwicklung des Dreifarben-Drucks. Wer will heute behaupten, daß dieser seinen Höhepunkt in der Leistungsfähigkeit erreicht habe? Immer mehr und mehr wird daran gearbeitet, ihn zu vervollkommen und rationeller zu gestalten. Vergessen darf auch nicht werden, daß der Merkantildruck immer mehr und mehr an den Buchdruck verloren geht, der im letzten Jahrzehnt durch immer neue Verbesserungen den Steindruck auf diesem Gebiet zu überflügeln versucht. Diese Tatsache hat gerade auch bei der letzten Aussperrung viel dazu beigetragen, uns den Erfolg zu schmälern, da viele Merkantilarbeiten im Buchdruck angefertigt wurden.

Wie sah es vor zirka 25 Jahren auf dem Gebiete des Druckes von Wertpapieren aus? Aktien, Schecks, Wechsel etc. wurden meist in Steindruck hergestellt. Heut ist es geradezu umgekehrt! Die verhältnismäßig schnelle und leichte Anfertigung von Plainplatten für den Typendruck hat auch hier das Bild vollständig verändert. Ja, selbst wieviel Landkarten, Schulatlanten usw. werden heute nicht schon im Buchdruck hergestellt!

Ich gebe zu, daß im Schoße der Zeit noch manche Erfindung schlummern mag, die dem Steindruck diesen oder jenen Umschwung geben kann; aber darauf warten und mit ihm rechnen hieße wohl, auf einen großen Lotteriegewinn hoffen. Die sich immer mehr anmeldende Rotationsmaschine für Kupferdruck wird auch nicht grade unsere Arbeitsgelegenheit vermehren!

Die Unternehmer, die billige junge Hilfskräfte suchen, werden natürlich im eigenen Interesse bemüht sein, alle diese Zustände recht rosig erscheinen zu lassen und für die Zukunft daraus eher noch bessere Arbeitsgelegenheit herzuleiten. Ich brauche wohl nicht an die vor Jahren in bürgerliche Zeitungen lancierte Notiz des Schutzverbandes zu erinnern, nach der der Durchschnittslohn für Lithographen 45 Mark wöchentlich betragen sollte. Ähnlich rosig werden die Verhältnisse von den Unternehmern wohl jedem Vater oder Vormund geschildert, der sich nach einer Lehrstelle für seinen Pflegling umsieht. Der letzte Kampf und sein Abschluß werden aber klar und deutlich gezeigt haben, was für Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem »Kunstberuf« noch vorhanden sind. Diese Vereinbarungen müssen allen denen, die für ihre Pflegebefohlenen einen Lebensberuf suchen sollen, unterbreitet werden. Dadurch machen wir im Berufe Beschäftigten uns wenigstens nicht zu Mitschuldigen, wenn junge Leute aus Unkenntnis über die im Berufe geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen vier wertvolle Jahre ihres Lebens unnütz vergeuden, um sich nach dieser Zeit erst einen Beruf zu suchen, der ihnen wenigstens eine Existenz ermöglicht. A. F., B.

Aus den Sektionen.

Leipzig. Die hiesigen Steindrucker nahmen in der Jahresversammlung ihrer Filiale den Schlußbericht der verflochtenen Bewegung entgegen. Die Bewegung brachte als Resultat neben einigen Verbesserungen der allgemeinen Arbeitsbedingungen für 623 Kollegen 651 Stunden Arbeitszeitverkürzung und für 195 Kollegen 280 Mk. Lohnerhöhung wöchentlich. Wie die Bewegung auf die Löhne gewirkt hat, über die statistische Erhebungen noch nicht stattgefunden haben, soll die Jahresstatistik lehren. Nach Besprechung einiger während der Bewegung gezeigter Fälle, Beleuchtung der Vertragstreue des Unternehmerverbandes und Verlesung der »nützlichen Elemente« wurde der Bericht von den Versammelten genehmigt. Der bisherigen Verwaltung wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen. Sie wurde wiedergewählt. Nach Entgegennahme des Kartellberichts wurde der Kartelldelegierte wiedergewählt. Eine rege Debatte entfiel das Vorgehen der Firma Moritz Prescher Nachf. A.-G. in Leutsch, die durch Einführung des Tantieme-systems die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern sucht. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: »Die im Volkshaus versammelten Steindrucker Leipzigs nehmen Kenntnis von der beabsichtigten Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Firma Moritz Prescher Nachf. A.-G. in Leutsch, durch Einführung der Prämienarbeit. Die Versammelten richten an alle Kollegen die Aufforderung, das Arbeiten auf Prämie oder Tantieme in jeder Form strikte zurückzuweisen. Die Sektionsleitung wird beauftragt, die im § 1 Abs. 2 des

Statuts gesteckten Ziele aufs nachdrücklichste zu verfolgen und die erforderlichen Maßnahmen zu deren Durchführung zu ergreifen. — In einem Artikel der Fachbeilage unseres Gewerkschaftsorgans war die Behauptung einer Mindestdruckleistung aufgestellt worden. Nach Begründung und reger Aussprache gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: »Die Versammlung der Steindruckerkollegen besprach den Artikel: Keramische Abziehbilder der Nr. 5 der Graphischen Rundschau. Die Versammelten weisen die im Artikel allgemein aufgestellte Behauptung, daß bei keramischem Druck an der Maschine eine tägliche Mindestleistung von 3000 Druck erzielt werden müßte, entschieden zurück und finden es unverständlich, daß ein Gewerkschaftsorgan ohne Rücksicht auf ganz verschiedene gelagerte Produktionsmöglichkeiten für Mindestleistungen Propaganda macht. Die Kollegenschaft Leipzigs erwartet, daß solche, die allgemeinen Arbeitsbedingungen schädigenden Artikel in die »Rundschau« nicht wieder aufgenommen werden. Unter Verschiedenem wurden einige interne Angelegenheiten behandelt und dem neuesten Kurs in der Rechtsprechung des Leipziger Gewerbegerichts einige Zeit gewidmet. — (Anmerkung. Zu der »Graph. Rundschau« betreffend Resolution äußert sich der Redakteur unserer fachtechnischen Beilage, Kollege Fritz Hansen, wie folgt: Die vorstehende Resolution konnte m. Er. wohl nur auf Grund einer völlig mißverständlichen Auffassung des fraglichen Artikels zustande kommen. Denn der Artikel »Keramische Abziehbilder« ist, wenn man ihn im Zusammenhang betrachtet, eine fachwissenschaftliche Abhandlung, wie sie in dieser Form über das betreffende Thema wohl bisher noch von keiner Zeitschrift veröffentlicht wurde. In einer solchen Abhandlung, die keinerlei polemische Zwecke verfolgt, ist es schon allein aus urheberrechtlichen Gründen unstatthaft, Streichungen vorzunehmen, und den ganzen Artikel abzulehnen hielt ich gerade im Interesse der Leser der »Graphischen Rundschau« für nicht opportun. Ich habe auch festgestellt können, daß gerade dieser Artikel bei den engeren Fachgenossen auf dem behandelten Spezialgebiete allgemeines Interesse erweckt hat. Vor allem ist es aber nicht zutreffend, daß, wie in der Resolution esagernd wird, der Artikelschreiber für »Mindestleistungen« Propaganda macht. Der Verfasser hat dieses, wie aus seiner ganzen Darstellung, im Zusammenhang betrachtet, hervorgeht, durchaus nicht beabsichtigt, und bei meiner völligen Unabhängigkeit liegt auch mir nichts ferner, als für Mindestleistungen Propaganda zu machen. Weitere Angaben, insbesondere die Beweisführung für seine Behauptung, müssen dem Autor überlassen bleiben, denn Aufgabe der Redaktion konnte es nicht sein, derartige relative Angaben zu unterdrücken, da sonst die Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Maschine überhaupt unmöglich wäre. Fritz Hansen.)

Die photomech. Fächer.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). In unserer Versammlung vom 2. Mai besprach nach einem Vortrage des Kollegen Eberlein über »Ursachen und Wirkungen des deutschen Bauernkrieges« der Vorsitzende nochmals den Ausschuß der Firma Kobow, der bereits am 2. Februar erfolgte. Der Ausschuß aus dem Bund der chemigraphischen Anstalten wurde vollzogen, weil Herr Kobow trotz Zuredens vor dem Tarifamt keine bestimmte Erklärung über die Einhaltung der Preiskonvention abgeben wollte. In der Angelegenheit sind zwischen Verwaltung und Tarifamt verschiedene Briefe gewechselt worden. Auch der Inhaber der Firma hat sich an den Bund der Prinzipale wegen Aufhebung des Ausschlusses gewandt. Die mündliche Erklärung, die er den Gehilfenvertretern bei einer Verhandlung gab, genigte der Prinzipalsorganisation nicht, und in seinen schriftlichen Erklärungen drückte er sich sehr unklar aus. Die Kollegen haben inzwischen am 3. Mai ihre Kündigungen eingereicht. Auch 2 andere Firmen sind wegen Beitragsresten im Bund gestrichen worden. Bei mündlichen Verhandlungen unseres Vorstandes mit den Firmen versprachen die Inhaber Regelung der Angelegenheit, die inzwischen in einer Firma erfolgte. Andernfalls hätten auch hier die Kollegen gekündigt. Zum Schluß der Versammlung wurde noch mitgeteilt, daß der 1. Mai von 215 Kollegen durch völlige Arbeitsruhe gefeiert wurde.

Leipzig (Lichtdr.). Unsere Mitgliederversammlung vom 10. Mai wurde eingeleitet durch ein interessantes und beifällig aufgenommenes Referat des Genossen Gehler-Leipzig über die Einwirkung der giftigen Chemikalien und Substanzen auf den menschlichen Organismus. Vom Alkohol ausgehend erläuterte der Referent durch Aufzeichnen von chemischen Formeln, die Zusammensetzungen aller in unserem Berufe verwendeten Chemikalien. Der Referent sowohl wie auch die Diskussionsredner unterzogen das so viel verwendete Formalin besonderer Beachtung. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: »Da in mehreren Versammlungen der Lichtdrucker Leipzigs festgestellt wurde, daß die Verarbeitung von Formalin für die Kollegen bereits schwere Schäden verursacht hat, verpflichten sich sämtliche Lichtdrucker, diese schädigende Chemikalie nicht weiter zu verarbeiten.«



Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Porträt-Photographen, Zentralarbeitsnachweis: W. Hänlein, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, 1.

Zum Stellungen- und Ortswechsel

Alljährlich, wenn nach kurzen und rauhen Wintertagen die Natur erwacht, dann durchzieht auch den Menschen ein freudiges Sehnen und Hoffen. Es treibt ihn hinaus ins Freie, in die Natur. Diese Lust zu wandern, sich zu verändern, bringt auch viele unserer Kollegen in andere Stellungen.

Gerade unter den Photographen ist der Wechsel im Frühjahr besonders stark; gehen doch sehr viele in Bäder und Sommerfrischen, allerdings nicht zur Erholung, sondern zur Arbeit und zum Broterwerb. Vielverheißend sind die Angebote, aber was halten sie? Nicht zu vergessen ist auch bei den Kollegen, die in Bädern oder an der See Beschäftigung suchen, ein wichtiger Faktor: daß immer gute Witterung sein müßte, denn schlechtes Wetter und die vielen, daraus entspringenden Angelegenheiten beenden das Engagement oft schneller als man denkt. Besonders müssen die Kollegen beim Abschluß des Engagements darauf achten, daß sie sich über jede Einzelheit klar geworden sind, denn in sehr vielen Fällen müssen sie sich mit nichts begnügen, weil sie leichtfertig — ohne vorherige Erkundigung usw. — auf das ihnen Gebotene eingegangen. Sie kommen dann mit leeren Taschen nach Hause zurück oder sie gehen, was meist noch schlimmer ist, aufs Geratewohl in die nächste Großstadt in der einzigen Hoffnung, dort Beschäftigung zu finden. Das ist um so verwerflicher, als in jeder Großstadt immer zahlreiche stellungslöse Kollegen vorhanden sind und bei dem Überangebot logischerweise die Löhne immer weiter herabgedrückt werden.

Der Zweck meiner Zeilen ist nun, die Kollegen dringend zu ermahnen, beim Wechsel einer Stellung, besonders von einer Stadt zur andern, vorher Auskunft einzuholen und sich ordnungsgemäß ab- und anzumelden. Das ist ja den Kollegen überaus leicht gemacht, denn nicht nur über solche Städte, wo wir Filialen haben, sondern auch über eine ganze Reihe anderer Orte wird durch die Auskunftstellen des Verbandes (Siehe Liste in Nr. 16 der »Gr. Pr.«) jedem Kollegen bereitwillig und nach Möglichkeit Auskunft erteilt.

Ein anderer Mißstand, der unbedingt beseitigt werden muß, ist der, daß viele Kollegen leider vergessen, ihre Beiträge in der neuen Stellung weiter zu bezahlen, und dann ihrer Rechte, die sie sich erworben haben, verlustig gehen. Der Rückschlag ist dann, sobald sie arbeitslos werden, besonders stark. Es ist auch keineswegs für die Verwaltung angenehm, wenn den Kollegen gegenüber genau nach dem Statut gehandelt werden muß, sodaß die Kollegen, die ihre Mitgliedschaft verbummelten, in keiner Weise unterstützt werden können und wieder von vorne anfangen müssen.

Also mache es sich jeder Kollege zur Pflicht, auch nach dem Stellungenwechsel pünktlich seine Beiträge weiter zu bezahlen. Wenn an dem Ort seiner neuen Beschäftigung eine Zahlstelle noch nicht besteht, muß er sich bei der nächstgelegenen Mitgliedschaft anmelden und dieser regelmäßig und pünktlich seine Beiträge einsenden. Dadurch wird er sich selbst vor Schaden, Ärger und Verdruß bewahren und dazu beitragen, daß auch unsere Organisation in sich immer mehr und mehr erstarkt. W.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wadstuch-, Zeug- und Selden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Altona-Ottensen. Unsere Monatsversammlung vom 11. Mai beschäftigte sich auch mit der Frage »Erneuerung des Tarifs«. War man nun auch der Ansicht, daß eine Beratung ohne jedes Material, wie Statistiken usw., vorläufig nur eine allgemeine sein könne, so kam doch zum Ausdruck, daß es wohl wirklich Zeit werde, damit zu beginnen. Direkt verständlich muß das völlige Schweigen unserer Zentralkommission genannt werden; an Wekrufen seitens verschiedener Mitgliedschaften hat es doch gewiß nicht gefehlt, noch immer warten aber die Kollegen auf Antwort. Was nun den neuen Tarif selbst anbetrifft, so wurde in der regen Diskussion betont, bei seiner Erneuerung auch eine Regelung der sanitären und hygienischen Einrichtungen in den Formstechereien nicht außer Acht zu lassen; mit diesen liegt es in den meisten Orten noch immer sehr im Argen. Nach Erledigung ausschließlich örtlicher Angelegenheiten, wie Abrechnung, Kartellbericht, Neuwahlen usw., wurde die gut besuchte Versammlung, zu welcher auch einige Harburger Kollegen erschienen waren, geschlossen.

Crefeld. Die Sektions-Versammlung der Formstecher vom 11. Mai befaßte sich hauptsächlich mit den im Herbst d. J. stattfindenden Verhandlungen unserer Gehilfenvertreter mit den Prinzipalen. Klagen wurden geführt, daß sich noch so wenig Zahlstellen mit der Sache in unserer Presse beschäftigen; des weiteren hören wir zu wenig von der Zentralleitung und man könnte zu der Ansicht

kommen, als ob diese selbst Lohnforderungen usw. machen wollte. Wir erwarten hierüber Artikel unserer Zentralkommission, die zur Diskussion gestellt werden müßten, und ein Rundschreiben an sämtliche Zahlstellen, um eine Statistik aufzustellen, wo die meisten Überstunden gemacht werden. Wir fordern einen Tarif auf zwei Jahre mit gegenseitigen Verpflichtungen, der die heutigen Teuerungsverhältnisse berücksichtigt. Wenn unsere »be-rühmte« Arbeitsordnung wieder mit zu den Verhandlungen gestellt werden sollte, dann soll sie nur ganz unsern Wünschen entsprechen; unsere Gegenforderung wäre die Abschaffung sämtlicher Übelstände in den Werkstätten, die Beseitigung der Heimarbeit, die Einführung einer Lehrlingskala, nach der auf 5 Gehilfen ein Lehrling kommt. Der übermäßig langen Arbeitszeit müßte durch die Bestimmung ein Ende gemacht werden, daß in der Hochsaison nicht länger als 12 Stunden gearbeitet werden darf, und zwar müßte für alle drei Überstunden Zuschlag gezahlt werden, für die ersten zwei 25 und für die dritte 50 Proz. Ferner wünschen wir die Lieferung von Werkzeug, auch für die Holzstecher; diese haben einen jährlichen Verschleiß von ca. 30 Mk. Auch könnten unsere Arbeitskarten mit einem paritätischen Arbeitsnachweis verbunden werden, damit keine Formstecher mehr ohne beides angenommen werden. Diesmal sollte mehr Nachdruck darauf gelegt werden, daß unsere Forderungen in den Tapetenfabriken, die Formstecher beschäftigen, durchgeführt werden, ferner auch in Köln mit seinem ewigen Schlaf. Denn in den Fabriken sind die Löhne niedriger als in den Hausstechereien, und es ist leicht erklärlich, wenn dadurch die Fabrikanten unsere Unternehmer drücken. Wenn die Fabrikanten unsere Forderungen ablehnen und die daselbst beschäftigten Formstecher nicht genügend Rückgrat besitzen, um sich bessere Lebensbedingungen zu erringen, dann müßten sie den Fabriken den Rücken zukehren; entweder Fabrik oder Hausstecherei! Kritisiert wurden auch die Artikel der »Tapetenzeitung«; es muß entschieden zurückgewiesen werden, daß man versucht, die hohen Walzenpreise auf die Stecher abzuwälzen. Es hat fast den Anschein, als ob wir 1 Mk. die Stunde verdienten. Wollten wir uns hier in längeren Ausführungen ergehen, so könnten wir Zeiten anführen, in denen unsere Unternehmer Preise eingesteckt haben, von denen die Formstecher keinen Nutzen hatten. An unserer Arbeitskraft ist ein schwerer Raubbau getrieben worden. Wir erwarten, daß uns die Zentralkommission gegenüber diesen Verdächtigungen in Schutz nimmt.

Leipzig. In der Versammlung vom 11. Mai wurde über den Ausgang der Bewegung in der Firma Langhammer berichtet. Darnach ist den Druckern die seit mehreren Jahren am Jahreschluß gezahlte Prämie auf den Lohn umgerechnet worden und zwar durchgängig mit 4 Pfg. Zulage pro Stunde. Die Hilfsarbeiter, die ein halbes Jahr im Geschäft tätig sind, erhielten nur 1 Pfg. Zulage pro Stunde. Von einem weiteren Vorgehen der Hilfsarbeiter wurde infolge der für sie nicht mehr günstigen Zeit vorläufig Abstand genommen. Sodann wurde wegen des immer näherrückenden Termins der Erneuerung unserer Abmachungen vom Jahre 1910 bedauert, daß unsere Zentralkommission noch keine Parole zur Diskussion der einzelnen Vertragspositionen ausgegeben hat, und die Verwaltung beauftragt, der nächsten Versammlung eine Vorlage über die Revision unserer Abmachungen zu unterbreiten. Ferner entspann sich eine längere Debatte über den leider nicht konsequent durchgeführten Beschluß betr. die Arbeitsruhe am 1. Mai. Infolge der verschiedenen Meinungen über die Durchführbarkeit der Maßföhr wurde beschlossen, die Abstimmung künftig von Geschäft zu Geschäft vorzunehmen; für die Maßföhr soll eine Dreiviertelmehrheit entscheidend sein. Zu dem Artikel »Die teuren Walzen« in Nr. 19 der »Gr. Pr.« wurden noch einige Ergänzungen aus der »Tapetenzeitung« selbst gegeben, die in den Nrn. 13 und 14 weitere Äußerungen von Formstechereibesitzern brachte; sie dedierten sich in der Hauptsache mit der in der »Gr. Pr.« wiedergegebenen Äußerung. Der Veranstalter der Erhebung (vermutlich ein Fabrikant, der die »80 Mk.-Durchschnittspreise« zahlte und die Kollektion nicht einmal fertig gestochen erhielt) faßte das Ergebnis seiner Umfrage wie folgt zusammen: drei Punkte stehen fest: 1. die doch wohl nicht unbegründete Klage der Fabrikanten über enorme Stecherkosten, 2. die prekäre Lage des Formstechers sowohl als des Zeichners im Sommer und 3. die vollständig ungesunde Überlastung dieser Berufe im Winter. Er hofft in richtiger Würdigung der Schwierigkeiten, die die Lösung dieses Problems bietet, daß die Angelegenheit weiter dem Urteil der Branche unterbreitet werde. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß, soweit die Formstechergehilfen dabei in Frage kommen, unsere Ziele und Maßnahmen in keiner Weise berührt werden können. Jedoch das Eine steht fest, daß kein Formstechereibesitzer in seinen Äußerungen die Schuld an den »teuren Walzen« mit auf die etwa zu hohen Stecherlöhne schiebt. Es waltet also die Erkenntnis, daß die Löhne einer Aufbesserung bedürfen. Die Äußerung des einen Formstechereibesitzers: »Es ist den Formstechern auch nicht zu verargen, wenn sie sich durch die Klagen, welche die Prinzipale jedes Jahr aufs neue anstimmen, nicht stören lassen«, verdient besonders festgehalten zu werden. Mögen die Kollegen allerorts die Nutzanwendung daraus ziehen.



Feuilleton.

Pfingstfeier.

Am liebsten vor den Toren
Bring' ich mein Pfingsten zu,
In ein Gefild verloren
Voll sommerlicher Ruh.

Wenn ferne Glocken spielen
Und alles um mich schweigt,
Da mein' ich wohl zu fühlen
Den Geist, der niedersteigt.

Martin Greff.

Angewandte Psychologie.

Menschenkenntnis gilt als ein notwendiger Faktor zur allgemeinen Bildung und Weiterführung. Ein gewiegter Menschenkenner hat seine bestimmten Mittel, einen ihm begegnenden Menschen auf seinen Charakter, seine Intelligenz, sein Temperament hin zu prüfen und zu bewerten. Diesen Zweck verfolgt auch die angewandte Psychologie. Im Gegensatz zur allgemeinen theoretischen Psychologie, die dem Seelenleben aller Menschen gemeinsame Erscheinungen zu erforschen sucht, hat sich die angewandte Psychologie, die mit der Menschenkenntnis identisch ist und sich von ihr nur in der Methode unterscheidet, die Aufgabe gestellt, das Unterschiedliche und Besondere in den geistigen Funktionen der Menschen zu untersuchen. So wie der Laienpsychologe über die Qualitäten eines Menschen sich nur ein Urteil bilden kann durch Vergleichen mit anderen Individuen, so besteht auch das Wesen der wissenschaftlichen angewandten Psychologie in der Untersuchung derjenigen geistigen Merkmale, durch die sich nicht nur einzelne Individuen, sondern auch einzelne Menschengruppen (Männer und Frauen, Kinder und Erwachsene, Kopf- und Handarbeiter, Normale und Geistesranke) von einander unterscheiden.

Individual- und differentielle Psychologie — die wissenschaftliche Bezeichnung dieser beiden Teile der angewandten Psychologie — haben der latenten Menschenkenntnis gegenüber doch etwas voraus, worin sie ihr trotz des größeren Umfanges, den die Menschenkenntnis haben kann, überlegen sind, das ist die Sicherheit, mit der sie zu ihren Resultaten gelangen. Seitdem das Experiment seinen Einzug auch in die Psychologie gehalten hat, ist es mit der Herrschaft so manchen Vorurteils, daß sich scheinbar auf Erfahrung stützte, vorbei. Um nur ein Beispiel anzuführen, hat die Alkoholfrage zum großen Teil erst durch die psychologischen Forschungen Kraepelins, Smiths, Aschaffenburgs u. a.

in den letzten Jahren ihre Wertschätzung innerhalb der modernen Arbeiterbewegung erlangt, die in der Erkenntnis beruht, daß die Gehirnfunktionen, die das Denken, Fühlen und Wollen, also das gesamte geistige Arbeiten bedingen, schon unter dem Einfluß geringer Dosen Alkohol leiden, obwohl die Versuchspersonen an eine Steigerung der Leistungsfähigkeit glaubten.

Diese Forschungsmethoden, die in ihrer absoluten Sicherheit einen genauen Aufschluß über das geistige Vermögen eines einzelnen Menschen sowohl als auch ganzer Menschengruppen geben, einem größeren Publikum anschaulich zu machen, war der Zweck einer Ausstellung, die das Institut für angewandte Psychologie und psychologische Sammlerforschung am 13. und 14. April in Berlin veranstaltete. Aus der Fülle des Materials sei nur einiges hier angedeutet. Für die Aufnahme schwachbegabter Kinder in eine Hilsschule z. B. sind die Mittel von Bedeutung, mit deren Hilfe der Intelligenzgrad eines Kindes festgestellt wird. Da ist ein Brett mit Vertiefungen, in die verschiedenen geformten, den Vertiefungen entsprechende Klötze zu legen sind. Die Zeit, die zur Auffindung des passenden Loches gebraucht wird, wird gemessen und für verschiedene Altersstufen, für normale und schwachsinigige Kinder in Tabellen durch Kurven eingezeichnet. Daneben liegen Test(Probe)-Materialien und Fragebogen zur Untersuchung epileptischer Kinder. So soll z. B. die Versuchsperson dasjenige Wort niederschreiben, das von einem gegebenen Reizwort das Gegenteil bedeutet, z. B. auf kalt — warm, hell — dunkel usw. oder das Wort niederschreiben, das ihr zunächst einfällt: Schule — Lehrer, Geld — Portemonnaie usw.

Zur Prüfung des Auffassungsvermögens sind Bilder hergestellt worden, die in aufeinander folgender Reihe irgend eine Geschichte aus dem Leben grobsinnlich wiedergeben. — Um mechanische und logische Kombinationen im Kinde hervorzurufen und auf ihren Wert hin zu prüfen, hat man geistreiche und doch einfache Methoden ersonnen. Zu letzterem Zweck z. B. sollen vier Bildertafeln, die vier verschiedene Stadien eines Schneemannbaues darstellen, in ihrer logischen Folge aneinander gereiht werden; auf dem ersten Bilde werden die Schneebälle zusammengerollt, auf dem vierten präsentiert sich uns der fertige Schneemann. Höhere Anforderungen an die Intelligenz des Versuchssubjekts stellt schon die Untersuchung des Kritikvermögens. In Bildern enthaltene Widersinnigkeiten sind herauszufinden und sollen zur Kritik herausfordern, so ist z. B. an einem Kopf ein Ohr verkehrt eingezeichnet, auf einem andern Bild hängt an einem Rosenzweig eine Kirche, bei einem Eimer, der an dem Ende einer auf der Schulter einer Frau balancierenden Stange hängt, ist das Gesetz der Schwerkraft aufgehoben, der Eimer müßte sich sonst zur Erde neigen, schöne und häßliche Gesichter sind

gegenüber gestellt u. s. f. — Man ist erstaunt, wie mannigfaltig die Mittel sind, die psychischen Kräfte eines Menschen zu prüfen und zu messen. Notorische Reaktionen (einfache und Wahlreaktionen), Aufmerksamkeits-Konzentration, Beobachtungsfähigkeit Farben- und Tonsinn, alles sind psychische Funktionen, die durch Experiment einwandfrei untersucht und erforscht werden können.

Einen breiten Raum nehmen die Erzeugnisse bildnerischer, literarischer und musikalischer Art ein, die von den psychischen Eigenschaften und Fähigkeiten einer Menschengruppe oder auch eines einzelnen Menschen Zeugnis ablegen. Namentlich die Kinderzeichnungen aus der Sammlung des Seminars für Kultur- und Universalgeschichte an der Universität Leipzig fielen durch ihre Reichhaltigkeit auf. In diese Gruppe psychologisch interessanter Produkte gehörten auch die »Medien«-Zeichnungen, von denen die Frau Wilhelmine Abmann entschieden künstlerischen Wert beanspruchte. Die Dame hat eine Dorfschule besucht und keinerlei zeichnerische Ausbildung genossen, bis sie plötzlich im Alter von 30 Jahren im Traumbestand künstlerische Fähigkeiten entwickelt, von denen sie im Wachzustand keine Ahnung hat. Ihre Arbeitskraft ist in der »Trance« unerschöpflich und kaum von einem männlichen normalen Maler erreichbar; bis acht Stunden soll sie ohne Unterbrechung arbeiten können. Während dieses Zustandes ist das Empfindungsleben für äußere Reize total erloschen. Ein dunkles Gebiet des Seelenlebens, das noch der wissenschaftlichen Aufhellung bedarf.

Die Hälfte des Ausstellungsraumes wurde von Apparaten ausgefüllt, deren sich die Psychologen zur Feststellung ihrer Resultate bedienen, die aber für Laien weniger Interesse haben. Um nur eins herauszugreifen, hat man zur Prüfung des Augenmaßes eines Kindes eine einfache Vorrichtung hergestellt, indem sich auf einem mit schwarzem Tuch überzogenem Brett auf schwarzen Schnüren weiße Glasperlen hin und her bewegen lassen. Das Kind hat die Aufgabe, diese weißen Perlen ohne Hilfsmittel zu symmetrischen Figuren zu gruppieren. Durch das Nachmessen hat man die Möglichkeit, festzustellen, ob und inwieweit das Augenmaß durch den Zeichenunterricht geschärft wird.

So bot die Ausstellung für den Laien, der sich für Pädagogik, Medizin, Kriminalistik, Sprachwissenschaft, Ethnologie nur einigermaßen interessiert, Anregungen in Hülle und Fülle. Man fängt erst in den letzten Jahrzehnten an, die Bedeutung der experimentellen Psychologie für diese angeführten Wissenschaften zu würdigen. Noch große Aufgaben und Probleme harren ihrer Lösung.

Paul Lenzner.

Zur Hälfte des Preises!

Nur soweit Vorrat. 1 Posten garantiert Prima Tangierfilms und Apparate' wunderbar glatt druckend, elastisch, straff, hohes Relief, äußerst durchsichtig, kein Braunwerden. F. Trommer, Leipzig, Gretschesstraße 11.

Stellenangebote

Gravur-Lithograph

der auch Federarbeiten ausführen kann, speziell für Etiketten, Schrift und Atzung gesucht. Eintritt evtl. sofort. Angebote an A. S. Herzog, Klein-Steinheim-Hanau a. M. [210]

Zwei tüchtige

Masch. - Retuscheure

somit oder bald in angenehme, dauernde Stellung gesucht. [210] FERD. HEGELMANN, Graphische Kunstanstalt, Magdeburg.

Tüchtige Maschinensätzer

suchen [150] Dr. Seile & Co., Berlin SW. 29, Zossenerstr. 55.

Mehrere Messingstecher

werden gesucht durch den Arbeitsnachweis August Toubeau, [150] Bruxelles-St. Gilles, rue Steens 38.

Stellengesuche

HILFSARBEITER, für Photographie und Kopiererei, welcher mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut ist, sucht sofort Stellung. Gefl. Offerten erb. an Paul Prinz, Leipzig-Stötteritz, Arnoldstr. 26 II. [180]

Ia. Reproduktions-Photograph,

für Farben und Schwarz, sucht sofort Stellung. F. Sempf, Dresden A. 16, Lortzingstraße 16. [120]

Verschiedenes

Sommerfrische!

Tambach i. Th.-W. 500 m ü. M. Empfehle werthen Kollegen zur Erholung angenehme ruhige Sommerfrische 1 Min. von Nadel-Wald entfernt. Wohnung pro Woche 7,— Mk. Volle Verpflegung v. 3,— Mk. an. Elektr. Licht. Dunkel-Kammer. Bad i. Hause. Hugo Linz.

Graphische Fachklassen

Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photomechanische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekt frei. Kunstgewerbeschule Barmen

Das echte Tangierfell in tadelloser Schärfe

liefert Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 40.

Karl Rettig's

Zinkdruckätze

ermöglicht ein tadellostes Drucken von Zink [180] Berlin S. W. 29, Solms - Straße 12.

Steindrucker, langj. Mitgl. des Verb., jetzt Invalide, empfiehlt den Kollegen

hochfeine Zigarren

in bester Qualität. [270] à Mille 65 Mk., 45 Mk. und 37 Mk. Bei Abnahme von 500 Stück franko. H. Knollmann, Bünde i. W., Elsmühlenweg 18,

Lithographen - Diamanten für Hand und Maschine.

- No. 72 Schrift-Diamant m. Naturspitze f. Lithogr., p. Stk. M. 14.— 7.— 9.—
No. 73 Vierkantig geschliff. Schrift-Diamanten, bes. f. engl. Schrift u. Kupferstecher zu empfehlen, per Stück M. 12.— 14.— 16.— 18.— 20.—
No. 74 Scharfrundgeschliffener Schrift-Diamant für englische Schrift und Kupferstecher, per Stück M. 14.— 16.— 18.— 20.— 24.—
No. 75 Dreikantig geschliff. Maschinendiamant z. Gravieren, p. St. M. 7.— b. 12.—
No. 76 Maschinendiamant m. Naturspitze z. Gravieren, p. St. M. 4.— bis 8.—
No. 77 Masch.-Diamant, konz. geschliff. f. Asphaltarb., p. St. M. 12.— bis 20.—
No. 78 Saphir, konzent. geschliffen f. Asphaltarbeiten p. St. M. 7.— bis 13.—
No. 80 Federnder Diamant z. Ziehen v. Punktierlinien, p. St. M. 4.— bis 6.—
No. 81 Zirkeldiamant, per Stück M. 3.— bis 4.—
Glasschneide-Diamanten, per Stück M. 3.— 6.— 8.— 10.—
Universal-Glasschneidediamanten, per Stück M. 8.— 10.— 12.— 15.—
Reparat. sämtl. Diamantwerkzeuge werden prompt u. bill. ausgeführt

Diamantwerkzeug-Fabrik, Urbanek & Co., Berlin W. 15, Uhland-Straße 52.

Als erstes Spezialgeschäft fabriziert und liefert durch alle Fachgeschäfte im In- und Auslande

Wischwalzen - Schläuche ohne Naht

für Steindrucksdirektpressen

Edmund Behnisch, Luckenwalde (Deutschland).

Vertreter an allen größeren Plätzen

— Ia.-Zeugnisse. —

Graphische Werkstätten

Der Handwerker- u. Kunstgewerbeschule Breslau

Kunstgewerblich-techn. Ausbildung in Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Buchbinderei. Photomechan. Reproduktionsverfahren. Auskunft durch den Direktor : Halbjährlich 30 Mark — Eintritt jederzeit

Kl. Buchdruckerei-Einrichtungen

(fachmännisch sortiert)

ALEXANDER GRUBE, LEIPZIG, Talstraße 22

Feuchtbleibendes

„Cosmos“-Umdruckpapier, Format 48x64, per 100 Bogen 8,50 M. Grau feucht Umdruckpapier, das selbe Format, per 100 Bogen 8,— M. Goldlack, bestes Hilfsmittel f. Bronze-Unterdruck, per kg 5 M. Chromopasta, bestes Tonschuttmittel, per kg 4 M. Radikal, bestes Tonschuttmittel für Zink, per kg 3,50 M. [360] H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

Roulett., Fadenstichel

Fräser u. s. w. In bester Ausführung fert. an Carl Neumann, vormals G. König, Berlin SO., Manteuffelstr. 31.